



**Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz
und Energie (25.),
Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.) und
Haushalts- und Finanzausschuss (24.)**

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

8. September 2023

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:31 Uhr bis 14:18 Uhr

Vorsitz: Dr. Robin Korte (GRÜNE)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

**Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen –
Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler
unterlassen**

3

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/4568

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen – Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 18/4568

– Anhörung von Sachverständigen (s. Anlage)

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie – federführend – sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung, den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume am 16.06.2023)

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da wir mittlerweile 12:30 Uhr erreicht und sogar ein bisschen überschritten haben, eröffne ich die Sitzung. Das ist die zweite Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie, die an diesem Tag stattfindet. Eben haben wir schon eine Anhörung zu einem anderen Thema durchgeführt. Die jetzige Anhörung werden wir aber nicht alleine durchführen, sondern gemeinsam mit dem Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume, dem Haushalts- und Finanzausschuss und – er steht zwar nicht auf meinem Sprechzettel – nach meiner Erinnerung dem Ausschuss für Bauen und Wohnen.

Ich begrüße Sie ganz herzlich zur gemeinsamen Sitzung dieser vier Ausschüsse am heutigen Tag. Wir haben uns unter den Vorsitzenden darauf verständigt, dass ich als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses die Sitzung leiten werde. Die Vorsitzenden der anderen Ausschüsse haben sich meines Wissens abgemeldet oder sind zumindest im Moment nicht anwesend.

Besonders begrüßen möchte ich natürlich die vielen Sachverständigen, die heute bei uns sind, um mit uns das Thema und den Antrag zu diskutieren und dazu Fragen zu beantworten. Besonders begrüßen möchte ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, die heute nur zuhören sollen, aber auch gerne zuhören können, die Medienvertreter und die sonstigen Zuhörerinnen und Zuhörer im hier Raum und im Livestream.

Wie auch sonst immer, möchte ich darauf hinweisen, dass Ton-, Bild- und Filmaufnahmen während der Sitzung untersagt sind. Die Anhörung wird aber, wie auch sonst bei Anhörungen üblich, als Livestream übertragen.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Die Einladung ist Ihnen unter der Nummer E 18/444 vom 1. September 2023 als Vorschlag zugegangen. Sie umfasst nur den einen Tagesordnungspunkt. – Wenn sich kein Widerspruch erhebt, gehe ich davon aus, dass die Tagesordnung hiermit so beschlossen ist.

Der Wirtschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 15. Juni 2023 beschlossen, die heutige Anhörung durchzuführen. Im Namen des Ausschusses möchte ich mich bei allen Sachverständigen für die vorab schriftlich abgegebenen Stellungnahmen ausdrücklich bedanken. Natürlich bedanke ich mich auch, dass Sie darüber hinaus heute anwesend sind.

Sie sollten alle auf Ihren Plätzen eine Übersicht vorfinden, mit deren Hilfe Sie zusammen mit den aufgestellten Namensschildern die Stellungnahmen den Sachverständigen bzw. Institutionen, denen sie angehören, zuordnen können. Im Eingangsbereich des Raumes liegen Überstücke der Stellungnahmen aus.

Bevor wir mit der Anhörung starten, erkläre ich kurz, wie das Ganze abläuft. Das ist eine feste Vorgehensweise, die wir im Wirtschaftsausschuss bei jeder Anhörung pflegen, die sich bewährt hat. Es ist aus zeitökonomischen Gründen nicht vorgesehen, dass die anwesenden Sachverständigen ihre schriftlichen Stellungnahmen in Eingangsstatements mündlich zusammen. Das machen wir nicht, sondern wir gehen davon aus, dass die anwesenden Abgeordneten die Stellungnahmen gelesen und ausgewertet haben und daraus Fragen ableiten, um einzelne Sachverhalte hier weiter zu vertiefen.

Dabei gehen wir so vor, dass in einer Fragerunde jede Fraktion eine Frage an eine sachverständige Person richtet und dann die angesprochenen Personen in einer ersten Antwortrunde der Reihe nach darauf antworten. Sie als Sachverständige bitte ich eindringlich, Ihre Antwort auf maximal drei Minuten zu begrenzen. Sie können gerne diese Zeit ausschöpfen, aber bitte nicht viel mehr, weil wir heute viele Sachverständige und vermutlich viele Fragen haben werden, aber für diese Anhörung ein Zeitlimit bis 14:30 Uhr vorgegeben ist, die zu diesem Zeitpunkt beendet werden muss. Die Fragerunden setzen wir fort, bis es keine Fragen mehr gibt oder die Zeit ausgeschöpft ist. Ich glaube aber, wir haben ausreichend Zeit, um viele Fragen zu klären.

Wenn es keine Fragen mehr gibt, rufe ich die FDP-Fraktion als antragstellende Fraktion zuerst auf. Danach folgen die anderen Fraktionen in der Reihenfolge ihrer Größe. Für die FDP-Fraktion hat Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Vielen Dank, meine Damen und Herren, sehr geehrte Sachverständige, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen und uns mit Ihren Stellungnahmen im Vorfeld schon viele gute Hinweise geliefert haben.

Ich denke, die wirtschaftliche Situation dürfte hier allen bewusst sein, insbesondere in welchem Zustand sich aktuell die Bauwirtschaft befindet, in der leider viele Projekte nicht mehr durchgezogen werden, weil sie jetzt schon nicht mehr wirtschaftlich sind.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Zu diesem Zeitpunkt beabsichtigt die schwarz-grüne Landesregierung noch den Kies-Euro einzuführen. Deshalb möchte ich hierzu meine erste Frage an Herrn Benger vom Baustoffverband vero richten. Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass die Rohstoffabgabe aus Wettbewerbsgründen sehr kritisch zu sehen ist. Können Sie uns das näher erläutern?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Auch mein Dank geht an die Sachverständigen für die eingegangenen Stellungnahmen und dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage geht an Herrn Schmidmeyer vom bvse. Ich glaube, Sie hatten bei Weitem die längste Anreise. Schön, dass Sie zu uns nach Nordrhein-Westfalen gekommen sind. Meine Frage geht dahin, mineralische Abfälle sind massebezogen der größte Abfallstrom in Deutschland. Darin steckt meiner Meinung nach ein großes Recyclingpotenzial. Können Sie bitte skizzieren, wo diese Recyclingbaustoffe aktuell schon zum Einsatz kommen und wo Sie weitere Einsatzmöglichkeiten sehen, wenn man den notwendigen regulatorischen Rahmen anders fasst?

Dazu noch ein kleiner Hinweis: Zum Ende der Abfalleigenschaft würde ich gleich noch eine andere Frage stellen.

René Schneider (SPD): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von unserer Seite aus vielen herzlichen Dank an alle Sachverständigen in der Runde.

Ich möchte vorwegschicken, dass sich für uns als SPD-Fraktion nicht mehr die Frage stellt, ob eine Rohstoffabgabe, sondern nur noch wie sie eingeführt werden soll. Deshalb möchte ich die erste Frage gerne an Herrn Professor Wilts stellen. Herr Professor Wilts, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme – Zitat – „die Höhe der Steuer, [die konkrete] Bemessungsgrundlage und natürlich auch [der] Verwendung der Steuereinnahmen“ wären entscheidend. Können Sie uns zu diesen drei Prämissen – ich weiß, das ist in drei Minuten schwierig – ausführen, was die optimale Bemessungsgrundlage ist, was eine optimale Höhe und eine optimale Verwendung wären? Wie gesagt, in drei Minuten. Top, die Wette gilt!

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Für die verschiedenen Stellungnahmen, in denen sehr unterschiedliche Aspekte des ganzen Themas ausgeleuchtet werden, zunächst einmal auch von unserer Seite einen ganz herzlichen Dank an alle Sachverständigen.

Meine erste Frage geht auch an Herrn Professor Wilts. Sie nehmen in Ihrer Stellungnahme vor allem auf die Erfahrungen in Großbritannien Bezug und leiten daraus ab, dass mit einem signifikanten Anstieg der Baukosten gar nicht zu rechnen ist. Das würde mich noch ein bisschen näher interessieren, weil das, wie gerade Herr Brockes schon gesagt hat, für die Diskussion eine große Rolle zu spielen scheint.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Christian Loose (AfD): Vielen Dank an die Sachverständigen für die eingereichten Unterlagen und dass Sie uns heute zur Verfügung stehen.

Meine erste Frage geht an den Baustoffverband vero, als an Herrn Raimo Bengler. Worin bestehen die verfassungsrechtlichen Bedenken, die Sie gegen diesen Kies-Euro erheben? Es gibt doch immerhin jede Menge anderer Steuern und Abgaben. Was wäre an dieser genau bedenklich?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann würde ich in der Reihenfolge, wie die Sachverständigen angesprochen worden sind, Herr Bengler, Herrn Schmidmeyer und Herrn Wilts aufrufen. Herr Bengler und Herr Wilts, an Sie sind jeweils zwei Fragen adressiert worden. Deshalb würde ich Ihnen auch mehr Zeit einräumen. Sie haben in dem Fall maximal sechs Minuten. Ich gebe zum jeweiligen Zeitpunkt einen Hinweis.

Raimo Bengler (vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich versuche das.

Die erste Frage war, welche Nachteile wir für den Standort sehen. Es ist in Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Bundesländern so, dass wir Rohstoffe an gewissen Stellen haben, nämlich da, wo die Vorkommen sind. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen in verschiedenen Bereichen: Splitte im Sauerland oder im Oberbergischen und große Vorkommen an Kiesen und Sanden am Niederrhein. Es ist klar, dass es dann auch Diskussionen gibt. Wir versuchen seit Jahren, auf diese Diskussionen friedlich mit der kommunalen Ebene einzugehen und sie zu bewältigen.

Jetzt wird eine Steuer – ich nenne es Abgabe – vorgeschlagen, die über das ganze Land NRW gezogen wird. NRW hat Grenzen. An der Weser sitzt ein Unternehmen, das sich Sorgen um seine Existenz macht. Auf der einen Seite der Weser gibt es Kiesbetriebe für Beton – also Brückensanierungen, Brückenbau – genauso wie auf der anderen Seite der Weser in Niedersachsen. Auf der einen Seite soll die Abgabe kommen, wie hoch auch immer; auf der anderen Seite soll sie nicht kommen. Das ist ein klarer Wettbewerbsnachteil.

Das gibt es aber nicht nur an der Weser. Ich habe an der Schiene Köln–Aachen auf NRW-Seite diverse Kieswerke. Das ist die Gegend mit den größten und stärksten Vorkommen. Die Komplementärprodukte sitzen in Rheinland-Pfalz in Steinbrüchen. Das heißt, die gesprengten Splitte aus Steinbrüchen sind auch Komplementärprodukte für Kies im Beton. Das ist so. Ich habe also eine klare Wettbewerbsverzerrung an diesen Grenzen. Die Unternehmen werden Schwierigkeiten haben, eine Abgabe, wie hoch sie auch immer ist, auf den Preis umzusetzen. Da wo es gelingt, diese Abgabe – also nicht an den Grenzen, sondern im sonstigen Bereich von NRW – über die Preise weiterzugeben, zahlen das letztendlich der Staat, der Bund, das Land die Kommunen und die Kreise bei Brückensanierungen, bei 400.000 Wohnungen, die wir bauen wollen, bei Straßensanierungen, ich rede gar nicht von Neubau. Das Ganze geschieht ohne Not. Wir sind in NRW der größte Baustoffrecyclingverband.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich habe es Herrn Wille und anderen schon gesagt, seit zehn Jahren haben wir hier Vorschläge überreicht, wie Recycling weiter forciert werden kann. Vor sieben Jahren haben wir ein Gutachten in Auftrag gegeben, die Arbeit des Gesetzgebers gemacht: Was muss ich ändern, damit Recycling mehr zum Einsatz kommt? Das hat bis heute niemanden interessiert.

Herr Schneider, wir hatten während der letzten Plenarperiode eine wunderbare Diskussion. Da gab es einen Antrag der SPD zur zirkulären Wirtschaft. Da war ich auch als Sachverständiger anwesend. Da habe ich das alles unterstrichen und gesagt: Lass uns da weitermachen. Wir stehen voll dahinter. – Was will ich sagen? Ich versuche immer, die Position von „Gegnern“ zu verstehen. Hier verstehe ich sie nicht. Man will uns über eine Abgabe zu etwas zwingen, was wir auch wollen, wo wir gerne Hand in Hand gemeinsam mit Ihnen schauen würden, wie wir das Ganze voranbekommen.

Herr Loose, zu den verfassungsrechtlichen Fragen: Vor zwölf Jahren gab es schon einmal in drei Koalitionsverträgen eine Rohstoffabgabe, nämlich in Rheinland-Pfalz, NRW und Niedersachsen. Damals kam ein Verfassungsrechtler – nicht eine Anwaltskanzlei –, C 4-Professur, der mit Sicherheit ein gutes Gutachten abliefern, weil er auf seine Reputation achten muss, zu einem rechtswidrigen Ergebnis.

Wir haben dieses Mal einen Staatsrechtler bemüht, der nicht diese, aber zwei Landesregierungen davor beraten hat. Das heißt, das ist jemand, von dem man sollte sagen können – das Gutachten liegt allen vor –, der kennt sich aus. Ich kenne den Gesetzentwurf noch nicht. Ich habe gehört, er liegt in der Staatskanzlei, aber ich kenne den Entwurf noch nicht. Wir müssen schauen, welcher Ansatz darin gewählt wird. Wir haben in das Gutachten, das jetzt vorliegt, einmal hineingeschaut. Warum ist es verfassungswidrig, wenn sie es so machen? Warum ist es verfassungswidrig, wenn sie es aber so machen? Allerdings würde ich die sechs Minuten überschreiten, da man die Stellungnahme wiedergeben müsste. Deshalb würde ich es dabei erst einmal bewenden lassen.

Noch einmal: Ich würde es lieber Hand in Hand machen als gezwungen zu sein – das muss ich für die Betriebe machen –, vor dem Verfassungsgericht und der EU dagegen zu klagen. Damit komme ich auf die Zeitschiene. Da mache ich mir Sorgen um Betriebe.

Stefan Schmidmeyer (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung): Vielen Dank für die Einladung.

Sie haben nach dem Recyclingpotenzial gefragt. Das ist sicher noch sehr groß, weil wenn man die Gesamtmenge der Bauabfälle in Deutschland nimmt, recyceln wir maximal 34/35 %. Der Rest geht irgendwo in die thermische Verwertung, in die Verfüllung oder auf die Deponie.

Wo wird es eingesetzt? – Das meiste geht in den Straßenbau. Wenn man den Asphalt dazu nimmt, dann werden allein 64 % der Recyclingmaterialien im Straßenbau

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

verwendet, 23 % im Erd- und Tiefbau und im Betonbau, in der Betonherstellung und sonstigen Sachen, die eigentlich untergehen, ist es momentan ungefähr 1 %.

Wo können wir es verwenden? – Natürlich weiterhin in diesen Bereichen. Das wird auch so bleiben. Es ist immer regional geprägt, was gebaut wird oder was an Naturmaterialien zur Verfügung steht. Wir haben aber auch unsere Finger in die Keramik- und die Ziegelindustrie, in die Mauersteinherstellung, in die Herstellung von Leichtgranulaten oder die Gipsindustrie ausgestreckt. Es sind also viele Anwendungsbereiche vorhanden, die das Recycling bedienen könnte.

Warum funktioniert das aber nicht? Was können wir machen? – Wir können das auch mehr bei Asphalt und Bauschutt nutzen. Laut Statistik haben wir zwar Recyclingquoten von 80 %, aber in vielen Regionen liegen große Halden an Mischmaterial, das nicht vom Hof geht. Den Altasphalt fahren wir, wenn er teerhaltig ist, nach Holland, aber diese thermische Aufbereitung könnten wir auch in Deutschland an verschiedenen Stellen installieren, um da weiterzukommen.

Das große Potenzial beim Bodenaushub lassen wir außen vor. Über 100 Millionen an Bodenaushub wird ungenutzt einfach verfüllt oder deponiert. Tatsache ist, wir haben die Technik. Wir können mit moderner Technik Böden waschen und sortieren. Wir können auch Schadstoffe entfrachten, also Böden mit DK I/DK II-Belastungen auf verwertbare Materialien abreinigen. Mit der Technik ist das kein Problem. Was uns fehlt, sind die Anlagen. Das ist eigentlich der Punkt, der uns wehtut. Wir können diese Anlagen nicht schaffen, weil die Genehmigungsverfahren zu schwierig sind, zu lange dauern, zu teuer, zu umfangreich, zu bürokratisch sind.

Der zweite Punkt, es fehlt gerade aus dem öffentlichen Bereich immer noch an der Nachfrage. Wenn man das Problem der Nachfrage aus dem öffentlichen Bereich lösen, die Genehmigungen vereinfachen und die neuen Techniken, ich sage einmal, in die Anlagen bringen könnte, auf die Straße bringen könnte, dann könnte man das Recyclingpotenzial in Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen noch heben.

Prof. Dr. Henning Wilts (Wuppertal Institut): Die erste Frage wurde zur Ausgestaltung des Instruments gestellt. Ich denke, das ist der entscheidende Punkt. Es lässt sich eigentlich schlecht beurteilen, ob ein Kies-Euro oder ein wie auch immer genanntes Instrument sinnvoll ist oder nicht, da es sehr stark auf die Ausgestaltung ankommen wird. In unserer Stellungnahme hatten wir auf drei aus unserer Sicht zentrale Parameter hingewiesen. Das sind die Höhe, die Frage, worauf sich das Ganze genau bezieht und wie das eingenommene Geld tatsächlich verwendet wird.

Wenn man sich die Höhe anschaut, dann könnte man sich als Volkswirt hinstellen und sagen: Das muss sich an den externalisierten Kosten orientieren. Dann hätten wir eine perfekt funktionierende Pigou-Steuer, aber das wird in der Praxis nicht funktionieren, weil uns diese Daten fehlen und wir über Rohstoffentnahmen aus sehr unterschied-

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

lichen Ökosystem sprechen, die sehr unterschiedliche Effekte haben. Daher kann man sich mit Sicherheit daran orientieren, was die ökologischen Impacts sind.

Ich glaube aber, die zielführende Frage ist, was man damit erreichen will, wenn man darauf abzielt, geschlossene Stoffkreisläufe befördern zu wollen. Dann stellt sich die Frage, was der aktuelle Differenzbetrag zwischen den Primär- und den Sekundärrohstoffen ist. Da haben wir in der Stellungnahme auf den Ansatz in England verwiesen, bei dem man gesagt hat, man geht mit 2,30 £ oder prozentual mit 20 % rein. Die dortigen Effekte zeigen einen sehr starken Anstieg, einen wirklich ökonomischen Anreiz für die Unternehmen, deutlich mehr Rezyklat einzusetzen.

Zum zweiten Punkt, die Bemessungsgrundlage: Ich glaube, auch da ist ganz entscheidend der konkrete Effekt auf die einzelnen Unternehmen, zum Beispiel ob auch Importe einer solchen Steuer unterliegen, was aus meiner Sicht Sinn machen würde. Man kann aber genauso fragen, wo es eventuell Sinn macht, für den Verwendungszweck des Materials Ausnahmen zu schaffen. In England sind zum Beispiel Materialien für die Trinkwasserinfrastruktur ausgenommen. Quarzsande wären ein anderes Thema, zu denen man das überlegen könnte. Was ist also Sinn und Zweck und worauf macht es Sinn, eine solche Abgabe zu erheben?

Ich glaube, der wichtigste Punkt ist tatsächlich die Verwendung. Wenn wir über eine Abgabe reden – ich bin kein Steuerrechtler –, dann ist für die Begründung eine zentrale Frage, wofür das Geld eingesetzt werden kann. Wir können überlegen, das Geld zielgerichtet in den Aufbau von Recyclinginfrastrukturen, in Logistikinfrastrukturen in NRW zu investieren, weil wir immer wieder sehen, dass ein großes Hemmnis die Frage ist, wo es Lagerflächen für entsprechende Materialien gibt. Wenn man – dies schon einmal mit Blick auf die zweite Frage nach den Kostensteigerungen – diese Abgabe nutzt, um zirkuliertes Bauen gezielt zu unterstützen, dann hat man ganz andere Effekte als wenn dieses Geld für komplett andere Zwecke eingesetzt werden würde. Insofern macht es, glaube ich – abgesehen von der allgemeinen Debatte, ob man das will oder nicht –, sehr viel Sinn, sich zu überlegen, wie genau das aussehen soll.

Bei der zweiten Frage, wie die Kostensteigerungen einzusetzen sind, denke ich, muss man sehen, dass kurzfristig recyceltes Material in analoger Qualität wie Primärmaterial im Schnitt – wir reden über sehr unterschiedliche Anwendungsbereiche – mit Zusatzkosten verbunden sein wird. Ich denke aber, hier muss man auch mittel- und langfristig denken. Wir sehen, wie die Europäische Kommission ihren Aktionsplan „Kreislaufwirtschaft“ umsetzt, wie sie mit der Ökodesignregulierung für nachhaltige Produkte die Grundlagen schafft, hier noch einmal ganz anders in den Markt einzugreifen. Es wird also ohnehin ein massiver Druck auf den Bausektor kommen. So ein finanzieller Anreiz kann dazu führen, sich hier frühzeitig aufzustellen, um sich dann mittel- und langfristige als Vorreiter einer zirkulären Wertschöpfung in Europa zu positionieren. Ich glaube, dafür haben wir genau die richtigen Unternehmen; wir haben die richtigen Forschungseinrichtungen; wir haben eigentlich auch den politischen Willen, das zu tun. Wir sehen, dass das in der Praxis im Bausektor in der aktuellen Struktur mit den ökonomischen

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Anreizen zu langsam funktioniert. Daher könnte das ein Punkt sein, sich hier tatsächlich aufzustellen.

Aktuell sehen wir, woher diese Zusatzkosten in einigen dieser Bereiche kommen. Wir reden über einen Rezyklatanteil in einer Größenordnung von 15 %. Das ist ein sehr kleinstrukturierter Markt. Wir haben gehört, die Technik ist eigentlich vorhanden. Es fehlt an Investitionen in innovative Technik. Dafür brauchen die Unternehmen langfristige Planungssicherheit. Sie brauchen vor allen Dingen eine gesicherte Abnahme dieser Materialien. Da bin ich der Meinung, dass neben der Frage der noch stringenteren Verpflichtung für die öffentliche Hand, Rezyklat einzusetzen, eine solche ökonomische Abgabe einen sinnvollen Impuls geben kann.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Vielen Dank an Sie alle, dass Sie von sich aus immer so exzellent die Zeitbegrenzung eingehalten haben.

Dann rufe ich die zweite Fragerunde auf. Wir beginnen wieder mit der FDP-Fraktion. Herr Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte meine zweite Frage an Herrn Möring vom Bauindustrieverband NRW richten. Herr Möring, wie stellt sich aktuell die wirtschaftliche Situation der Bauindustrie in Nordrhein-Westfalen dar, und warum halten Sie die Einführung einer Rohstoffabgabe in diesem Zusammenhang für nicht zielführend.

Jochen Ritter (CDU): Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Dr. Untrieser eben angesprochen hat, nämlich die Abfalleigenschaft. Ich richte meine Frage an Herrn Schmidmeyer. Erst einmal bin ich froh, dass Sie es von München zu uns geschafft haben. Ich habe das gestern versucht, aber das war schon eine Herausforderung.

Ich glaube, auch die Abfalleigenschaft ist eine Herausforderung, wenn es darum geht, Kreislaufwirtschaft im Bauen zu praktizieren. Mit der Ersatzbaustoffverordnung ist es, glaube ich, ab dem 1. August für den Tiefbau einfacher geworden, aber im Hochbau ist es noch schwierig. Der Bund hat sich vorgenommen, etwas so zu ändern, dass man Abfälle ohne Weiteres einsetzen kann. Wie beurteilen Sie diese Herausforderung? Ist das nach wie vor schwierig? Was müsste der Bund tun, damit wir einen stärkeren Einsatz von Rezyklaten gerade im Hochbau sehen können?

René Schneider (SPD): Meine nächste Frage geht an Herrn Schaller. Wir wollen in Nordrhein-Westfalen – so steht es auch im Koalitionsvertrag – einen Degressionspfad bei Kies und Sand beschreiten. Die Diskussionen, wenn wir über Alternativen zu Kies und Sand sprechen, drehen sich auch heute wieder vor allen Dingen um Recycling. Da fällt es natürlich die Baustoffindustrie leicht zu sagen: Wir haben das untersucht. Ganz ohne wird es niemals gehen. – Deshalb würde ich gerne die Sicht auf weitere Stellschrauben richten und Sie fragen: Herr Schaller, wenn wir über alternative

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Baustoffe, über Umbau statt Neubau und vor allen Dingen auch über mehr Sparsamkeit beim Bauen reden – man muss wissen, dass immer noch 10/15 % der Baustoffe während eines Baus einfach so weggeworfen werden, weil sie feucht geworden sind oder aus anderen Gründen –, dann weiß man, da sind Dinge zu heben. Herr Schaller, welche Möglichkeiten sehen Sie noch, und wie ließen sich diese Möglichkeiten durch die Einnahmen aus einer primären Rohstoffabgabe fördern?

Jan Matzoll (GRÜNE): Meine Frage richtet sich an Herrn Professor Dr. Wilts. Wir haben schon ein bisschen darüber gehört – im Grunde genommen sind wir uns da alle einig –, wir brauchen mehr Recycling, mehr Recyclingbaustoffe. Es geht an der Stelle nicht – das kam auch bei der SPD ein bisschen heraus – um das Ob, sondern um das Wie. Über das Wie haben Sie in Ihrer Stellungnahme ausführlich etwas geschrieben. Ich würde aber gerne in diese Richtung nachfragen: Wie stellen Sie sich diese Ausgestaltung gerade eingebettet in die Kreislaufwirtschaftsstrategie vor? Das ist natürlich nur ein Teilaspekt, aber ein sehr relevanter Teilaspekt auf dem Weg in eine zirkuläre Gesellschaft, in ein zirkuläres Wirtschaften. Es würde mich interessieren, was für Sie die Keypoints sind, die noch erfüllt werden müssen, um an der Stelle wirklich einen erheblichen Schritt weiterzukommen.

Christian Loose (AfD): Meine zweite Frage geht an den Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung, also an Herrn Schmidmeyer. Sie hatten eben den Straßenbau angesprochen. Im Straßenbau gibt es auch das sogenannte Kaltrecyclingverfahren in situ. Das heißt, es passiert alles vor Ort. Da verlässt das Material im Grunde genommen nicht die Baustelle. Sie sparen damit zumindest laut der Firma Wirtgen 90 % der Fahrten mit Lkws. Sie sparen 50 % der Bauzeit, weil Sie alles vor Ort machen und es einfacher zu machen ist. Die Firma sagt, das machen wir bei Landstraßen, Bundesstraßen, Autobahnen und allem Möglichen. Die haben viele Projekte in Brasilien gemacht. Warum funktioniert das nicht in Deutschland? Wenn es mehr Recycling geben soll, wäre es im Grunde genommen möglich, vor Ort den Baustoff, den wir schon auf den Straßen haben, dann, wenn Straßen kaputt sind, direkt zu nutzen. Mangelt es da an den regulatorischen Rahmenbedingungen? Oder ist das schlicht zu teuer? Vielleicht haben Sie eine Einschätzung dazu.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Zunächst gebe ich Herrn Möring das Wort, damit er auf die Frage der FDP antworten kann.

Niklas Möring (Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen): Meine Damen und Herren! Ich danke für die Einladung.

Herr Brockes fragte, wie die aktuelle Situation in unserer Branche aussieht. Im Antrag waren etwas ältere Zahlen enthalten. Ich möchte Sie nur ganz kurz abholen, wie sich die Situation im ersten Halbjahr darstellt. Wir verzeichnen insgesamt preisbereinigt im

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vergleich zum Vorjahreszeitraum leider einen Auftragsrückgang von minus 9,3 %. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr Baupreissteigerungen – exemplarisch bei Wohngebäuden – von plus 7,7 %. Im Wohnungsbau sind unsere Aufträge um minus 12,3 % zurückgegangen. Gleichzeitig gibt es bei der Zahl der erteilten Baugenehmigungen ein Minus von 36,3 %. Damit haben wir schon einen Blick in die Zukunft angelegt. In der wird es leider nicht besser, sondern wahrscheinlich eher schlechter aussehen. Der Hochbau insgesamt ohne den Wohnungsbau, das bedeutet der Wirtschaftsbau, der öffentliche Bau, ist um knapp 10 % eingebrochen, der Straßenbau um knapp 7 %, der sonstige Tiefbau ohne Straßenbau um gut 8 %.

Die Rahmenbedingungen kennen Sie alle, wenn Sie die Medien verfolgen. Wir haben Zinssteigerungen, Baustoffe sind teurer geworden. Wir haben eine deutliche Zurückhaltung bei den Investitionen von öffentlichen Auftraggebern, aber vor allem auch von privaten Auftraggebern. Insgesamt ist das also ein Umfeld, in dem momentan das Bauen uns als Branche natürlich Spaß macht, aber etwas weniger, als es vielleicht machen könnte. Wir haben die große Sorge – das zeichnet sich aus unserer Sicht jetzt schon deutlich ab –, dass die Ziele, die hohen Bauvolumina zu erreichen, die wir erreichen müssen, nämlich im Wohnungsbau bundesweit 400.000 Wohnungen, in NRW entsprechend weniger, aber auch da hinken wir deutlich hinterher, den Rückstau bei unseren Infrastrukturinvestitionen aufzuholen – denken wir an das Thema „Brückenbau“ –, verfehlt werden. Überall dort gehen die beiden Entwicklungen auseinander.

Wir sehen deshalb momentan die Einführung einer solchen Rohstoffabgabe vor diesem Hintergrund als ausgesprochen kritisch an, weil das ein weiterer Aspekt ist, der die Baukonjunktur, die sowieso schwächelt, noch einmal zusätzlich abwürgen kann. Wir wissen nicht, wie die Höhe angelegt ist, das ist jetzt spekulativ. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass wir bei diesen Thematiken gerade bei Investoren durchaus auch einen psychologischen Faktor haben, die verschreckt sind, gerade auch bei privaten Bauherren, die aufgrund der eben geschilderten Rahmenbedingungen momentan verschreckt sind. Denken Sie an einen Einfamilienhausbauer, der sagt, jetzt habe ich es irgendwie finanziert bekommen und will es doch durchziehen, der gesagt bekommt: Jetzt kostet dein Beton übrigens 1.000, 2.000 Euro mehr. – Das kann schon ein Quäntchen an der Waage sein. Eine Gesamtsituation, in der man das Gefühl hat, es wird alles immer teurer, alles immer stärker reglementiert, ist für uns als Branche durchaus schwierig.

Ich glaube auch nicht – wenn Sie mir die Anmerkung mit Blick auf die Uhr noch kurz gestatten –, dass wir tatsächlich ein Problem haben, das wir durch eine Kostensteigerung bei Primärbaustoffen lösen können, sondern wir haben aus unserer Wahrnehmung – das ist das, was unsere Unternehmen uns immer wieder berichten, das ist eben schon verschiedentlich angeklungen – ein Akzeptanzproblem bei den Auftraggebern, gerade auch bei öffentlichen Auftraggebern, die eigentlich eine Vorbildfunktion haben sollten, wie Land, Kommunen, Landesbetriebe, die Autobahn GmbH oder die Deutsche Bahn. Die haben große Vorbehalte, RC-Baustoffe, auch wenn sie in einer

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

vergleichbaren Qualität verfügbar sind, tatsächlich einzusetzen. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Mit Blick auf die Uhr bitte ich Sie, das nicht mehr auszuführen, weil wir schon deutlich über der Zeit liegen.

Niklas Möring (Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen): Alles klar.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann erteile ich Herrn Schmidmeyer das Wort. Sie sind von zwei Fraktionen angesprochen worden, nämlich von der CDU-Fraktion und der AfD-Fraktion. Sie haben das Wort.

Stefan Schmidmeyer (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung): Ich komme zuerst zur Frage nach dem Abfallende. Warum ist uns das so wichtig? – Weil es unser Kunde haben will. Die Bauherren, ob privat, gewerblich oder als Behördenvertreter im Rahmen der öffentlichen Auftraggeber, kaufen Bauprodukte ein. Das sind sie gewohnt, da wissen sie Bescheid, da sind sie im Produktrecht, da haben sie bestimmte Ansprüche an den Hersteller und an den Inverkehrbringer, Gewährleistungs- und Haftungsfragen sind geklärt, auch Informationspflichten, wie ich diese Bauprodukte anwende. Das fehlt eben, wenn man Abfall bekommt. Der Kunde will also keinen Abfall, sondern er will ein Produkt haben. Dann ist nämlich der Recycler, der Hersteller von Recycling- oder Ersatzbaustoffen, verpflichtet, all diese Pflichten zu übernehmen, auch den Kunden richtig zu informieren: Wie wendest du dieses Material an? Wie lagerst du es richtig usw. usf.? Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um die Akzeptanz beim Kunden zu steigern und da einmal eine Tür ganz weit aufzumachen.

Das Zweite ist, wenn wir diese Ersatzbaustoffe herstellen, ob mobil auf Baustellen oder in unseren Anlagen, und der Kunde von uns ein Produkt übergeben bekommt, dann muss er sich keine Sorgen machen, wenn er das Material auf seinem Betriebsgelände, in der Transportmischanlage oder sonstwo auf einem anderen Gelände zwischenlagert, dass er eine Genehmigung nach Abfallrecht braucht, also eine immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Zwischenlagerung, weil es das Produkt ist. Das hat nichts damit zu tun, wie man es lagern muss – ganz klar, das bleibt gleich und ist unabhängig vom Produkt oder Abfallstatus –, aber er braucht die immissionsschutzrechtlichen Genehmigungen.

Wie kann man das lösen oder wie sieht die Lösung aus? – Wir meinen, es ist gelöst. Wir haben in § 5 Kreislaufwirtschaftsgesetz den Absatz 1, in dem die Kriterien genannt sind. Die EBV sagt uns ganz klar: Wenn wir so verfahren und einbauen, wie die EBV das vorschreibt, dann ist das für Mensch und Umwelt schadlos. – Dann müssen wir die Bautechnik prüfen. Das ist in den ganzen Baunormen, technischen Regelwerken gelöst. Dann haben wir ein Verwertungsverfahren. Dann wird das üblicherweise für so etwas verwendet. Wenn Sie ein Frostschutzmaterial herstellen und das entsprechend

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

prüfen lassen, dann werden Sie das auch als Frostschutzmaterial einsetzen. Der eigentliche Knackpunkt ist noch der Markt. Wir sehen deutschlandweit in vielen Regionen, auch schlechtere Qualitäten haben einen Markt, es ist eine Nachfrage vorhanden. Immer öfter wird auch ein positiver Marktpreis bezahlt.

Das Kreislaufwirtschaftsgesetz sagt an keiner Stelle, dass nur die besten Qualitäten oder nur bestimmte Ersatzbaustoffe oder Sekundärbaustoffe Produkt werden können. Das fordern wir als Branche ein. Das belegen mittlerweile verschiedene Rechtsgutachten von renommierten Juristen deutschlandweit.

Vielleicht haben Sie es mitbekommen, in der letzten Woche hat das Bayerische Umweltministerium ganz klar gesagt: Wenn ich geprüfte und zertifizierte Recycling- oder Sekundärbaustoffe aller Materialklassen habe und der Hersteller kann erklären und den Nachweis führen, dass er einen Markt oder eine Nachfrage hat, dann ist das ein Produkt und der Hersteller gibt das Produkt an seinen Kunden weiter. Das Problem ist also eigentlich gelöst.

Nicht gelöst ist, wie es umgesetzt wird. Sie haben den Transportbeton angesprochen. Da haben wir eigentlich Material, das CE-gekennzeichnet ist, also ein Produkt, das einer Norm unterliegt, aber wir kämpfen mit verschiedenen Behörden, ob das in Deutschland Produkt oder Abfall ist. Uns wird mittlerweile bei zertifizierten Materialien zugestanden, dass es kein Abfall mehr ist. Daher meine ich, es ist gelöst. Wir müssten nur schauen, dass wir es wirklich bundesweit einheitlich umsetzen. Das können entweder die Länder selbst machen, so wie jetzt Bayern vorangegangen ist – Nordrhein-Westfalen hat auch etwas gemacht, aber eben nur RC-Baustoffe –, aber wir würden uns wünschen, das auf alle Ersatzbaustoffe auszuweiten. Dann würde das gelingen und wir brauchen den Bund vielleicht gar nicht. Das ist aber schöner, weil dann haben wir einheitliche Regelungen und es geht nicht jede Verwaltung anders damit um.

Das zum Abfallende. Das könnten wir machen, das können wir sehr schnell umsetzen, und damit würde die Akzeptanz wahnsinnig nach vorne gebracht.

Dann zu Ihrer Frage nach dem Kaltrecycling. Das ist Asphaltbau. Ich kenne keine Baustelle, auf der Kaltrecycling möglich ist, auf der es nicht durchgeführt werden würde. Es gibt Rahmenbedingungen. Es kommt darauf an, wie der Asphalt, der ausgebaut wird, beschaffen ist, ob der überhaupt noch für das Kaltrecycling geeignet ist. Die Technik wird also angewendet, genutzt. Das Problem ist, dass wir mehr Asphalt ausbauen als wir wieder einbauen können. Wir bauen also mehr aus und bauen dann die Regelbauweise wieder ein. Dann bleibt etwas übrig. Das sind die Überschussmengen. Dann ist es immer Sache der Ausschreibung der planenden Zunft. Wenn sich diejenigen an den verantwortlichen Stellen nicht mit dieser Technik beschäftigt haben, dann steht sie auch nicht der Ausschreibung. Dort, wo das bekannt und möglich ist, wird es meines Wissens aber auch genutzt.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Stephan Schaller (Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production): Danke für die Frage. Es ging um die Frage nach alternativen Baustoffen und Einsparungsmöglichkeiten. Das ist wahrscheinlich in drei Minuten nicht zu schaffen. Wahrscheinlich wäre ich auch der Falsche, um diese Frage zu beantworten.

Wir sollten uns aber spannenderweise anschauen, wie diese Innovationspotenziale gehoben werden. Da stellt sich natürlich die Frage, in welchen Gewohnheiten und Routinen wir manchmal gefangen oder unterwegs sind, was die Baukultur dahinter ist und wie wir die verändern. Womit bauen wir? Für welchen zeitlichen Horizont bauen wir? Was sind die Umnutzungsmöglichkeiten, die wir bestenfalls mitplanen? Das sind die wirklich großen Hebel, wenn es darum geht, Baustoffe einzusparen. Wie erhalten wir Bausubstanz? Was ist die graue Energie, die wir damit erhalten können etc.?

Das schaffen wir natürlich mit Rahmenbedingungen, die Recyclingprodukten gegenüber Primärprodukten den Vorzug geben, weil Bauherren klassischerweise nicht nach einem Recyclingprodukt, sondern nach einem günstigen Produkt fragen, das funktional ihren Anforderungen entspricht. Das ist das, glaube ich, wo die Branche entsprechend liefern muss und wo die Rahmenbedingungen genau diesen Wandel unterstützen müssen.

Ein spannendes Phänomen finde ich tatsächlich – Herr Professor Wilts hat es angesprochen – die Aggregates Levy im UK. Ein spannendes Ergebnis war, dass 40 % weniger Primärrohstoffe pro Wohnquadratmeter genutzt wurden. Ich finde, das ist tatsächlich ein deutlicher Wandel. Dahinter steckt natürlich im Detail wahnsinnig viel Innovation und wahnsinnig viel Routinewechsel, Umbruch und viele veränderte Nachfragestrukturen.

Das war aber sicherlich nicht das einzige Instrument. Hier wurde auch noch eine Steuer auf Abfalldeponierung als ergänzendes Instrument genutzt. Daher ist für mich die spannende Frage, was die Rahmenbedingungen sind, die genau diese Sparsamkeit und Innovation fördern und unterstützen. Da ist sicherlich die Abgabe ein Kernstück.

Prof. Dr. Henning Wilts (Wuppertal Institut): Die Frage lautete, wie eine solche Abgabe in eine Gesamtstrategie in Richtung Kreislaufwirtschaft oder zirkuläre Wertschöpfung eingebettet sein müsste. Ich glaube, das ist gerade die Diskussion, die wir haben und über die wir in Nordrhein-Westfalen anfangen zu überlegen, wie eine NRW-Kreislaufwirtschaftsstrategie aussieht. Der Bund ist schon intensiv dabei, mit verschiedenen Stakeholdern eine nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie zu entwickeln, in der das Thema „Bauen“ ein eigenes Handlungsfeld darstellt.

Wichtig wird dabei sein, sich insbesondere auf das Thema „Qualität im Baustoffrecycling“ zu fokussieren, sich also zu überlegen, wie wir jenseits der Potenziale, die wir mit den aktuell verfügbaren Abfallströmen haben, diese besser ausnutzen und wie wir hier das Angebot erhöhen können. Da muss man deutlich in Richtung Transparenz der

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

eingebauten Materialien gehen. Das sind Themen wie die Building Information Modelings. Das sind auch Rückbaukonzepte, bei denen man gegenüber dem Status quo im selektiveren Rückbau noch einmal deutlich die Qualität der dann möglichen Sekundärrohstoffe verbessern kann. Das Thema „End of Waste“ hatten wir schon. Wir waren als Wuppertal Institut an der DIN Circular Economy Roadmap zum Thema „Normung“ beteiligt. Da haben ganz viele Akteure aus der Industrie noch einmal dargestellt, an wie vielen Ecken und Enden hier bestehende Standards und Normen sehr auf Primärrohstoffe ausgelegt sind, wodurch Sekundärrohstoffe am Markt unnötig benachteiligt werden. Das ist vor allen Dingen auch eine Frage der Nachweisverfahren, die einfach nicht standardisiert sind. Das schafft Zusatzaufwand für alle Beteiligten und damit den Impuls bei den Verantwortlichen, dann doch bei den Primärrohstoffen zu bleiben.

Ein Thema, das man dabei, ich glaube, auch adressieren muss, ist die Frage der Nutzungsintensivierung. Der Markt, so wie er sich derzeit mit den schwierigen Rahmenbedingungen darstellt, ist immer noch durch Corona und zum Beispiel die Frage geprägt, welchen Rückgang an Nutzungsintensitäten wir bei Bürogebäuden haben. Deswegen ist es wichtig, da Perspektiven aufzuzeigen und sich zu überlegen, wie zirkuläre Geschäftsmodelle aussehen. Wir sehen bei ganz unterschiedlichen Stofffraktionen bei den Kunststoffen, aber genauso bei den Baustoffen, die Überlegungen, wie man durch veränderte Geschäftsmodelle Anreize setzen kann, die Qualität weiter zu nutzen, um zum Beispiel das Eigentum an den Materialien tatsächlich zu erhalten. Das ist unter den aktuellen Rahmenbedingungen finanziell schwer darstellbar, weil das eine Finanzierungsfrage ist. Ich glaube, da sieht man wieder, das Thema muss in eine konsistente Gesamtstrategie eingebettet werden; denn sonst wird eine Abgabe allein nicht den Impuls setzen können, um ganze Branchen in Richtung Kreislaufwirtschaft bewegen zu können. Deswegen ist das ein notwendiger Schritt, aber mit Sicherheit kein ausreichender.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Damit lade ich Sie ein, eine dritte Frage- und Antwortrunde zu starten. Herr Brockes ist wieder der Erste.

Dietmar Brockes (FDP): Ich richte meine Frage jetzt an Herrn Bengler. Herr Bengler, ich wüsste gerne, warum verfehlt aus Ihrer Sicht die geplante Rohstoffabgabe eine ökologische Lenkungswirkung bzw. bringt keinen ökologischen Vorteil?

Bianca Winkelmann (CDU): Meine sehr verehrten Herren! Auch meine Frage richtet sich an Herrn Bengler. Ich möchte mit Blick auf den Antrag ein anderes Themenfeld aufmachen. Herr Bengler, wie würde Ihrer Ansicht nach ein intelligentes und belastbares Rohstoffmonitoring für Kies und Sande aussehen? Das ist ein bisschen der Inhalt des Antrags. Deshalb frage ich Sie in die Richtung.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

René Schneider (SPD): Auf die Antwort auf die Frage von Frau Winkelmann bin ich schon sehr gespannt. Ich setze aber noch eine eigene Frage obendrauf an Herrn Schaller.

Der vorliegende Antrag der FDP, Ihre Stellungnahme und auch das Wahlprogramm der NRW-SPD zur vergangenen Wahl fordern alle eine landeseigene Rohstoffstrategie. Dies geht, keine Frage, natürlich auch mit einem kritischen Bedarfsbegriff einher – dazu hören wir gleich etwas –; denn künftig darf der Bedarf nicht mehr alleine aus den aktuellen Fördermengen berechnet werden. Sehr geehrter Herr Schaller, was aber sollte darüber hinaus eine Rohstoffstrategie aus Ihrer Sicht noch konkret beinhalten?

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Ich habe eine Frage an Herrn Knauf vom Wissenschaftsladen Bonn, der mit dem Projekt in OWL sehr viel Praxiserfahrung hat. Ich glaube, ein Kernpunkt sind die jetzigen Stoffkreisläufe. Wie viel von den mineralischen Abfällen wird wirklich verwertet? Als ich das im Detail in Ihrer Stellungnahme gelesen habe, habe ich mich gefragt: Was ist alles Verwertung? Selbst wenn man es in einer Abgrabung verfüllt, ist es aus dem Kreislauf eigentlich dauerhaft raus, aber es wird anders geframt. Da das anscheinend erhebliche Mengen sind, würde mich genau interessieren – das war vorhin schon in einigen Antworten zu hören –, wie Ihre konkrete Einschätzung ist, wie hoch die Verwertungsquote ist und wie viel real unter den derzeitigen Bedingungen im Kreislauf bleibt.

Christian Loose (AfD): Meine Frage geht auch an Herrn Raimo Bengler. Damit hat er gleich drei Fragen zu beantworten.

Es wird EU-weit und auch deutschlandweit darüber diskutiert, dass es kein Carbon Leakage geben darf und sogar ein EU-weiter CO₂-Zoll eingeführt wird. Das Verfahren nennt sich CBAM. Beim Kies haben wir eine ähnliche Situation. Wenn NRW als einzelnes Bundesland diese Steuer oder eine Rohstoffabgabe einführen würde, würden dann nicht die Bürger und die Bauunternehmer den Kies und Sand einfach aus dem NRW-Ausland, also aus Niedersachsen oder den Niederlanden, holen? Ist nicht zu befürchten, dass dann bald eine Kiesausgleichssteuer kommen wird?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Bengler, Sie haben jetzt die Gelegenheit, mit sehr viel Antwortzeit auf drei Fragen zu antworten. Trotzdem bitte ich, auch wenn Sie viel Zeit zur Verfügung haben, sich auf die Fragen zu konzentrieren.

Raimo Bengler (vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich habe das große Glück, dass ich die erste und dritte Frage vielleicht ein bisschen zusammenfassen kann.

Betrachten wir uns einmal die Rohstoffgewinnung, ob Kieswerke oder Steinbrüche. In der Regel habe ich hier – für das Protokoll, ich sage in der Regel – einen Lieferradius

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

von 40/50 km. Die Ausnahmen bestehen darin, wenn ich per Schiff transportieren kann, was die Wenigsten aus der Branche können, oder wenn ich noch Gleisanschlüsse habe, die uns in großem Umfang von der Bahn während Mora C gestrichen wurden. Wir mussten um Gleisanschlüsse kämpfen, aber viele sind gestrichen worden. Das heißt, in der Regel habe ich diesen Lieferradius.

Es wird natürlich so sein, wenn ich die Preise verteuere, indem die Abgabe weitergegeben wird, und das Material nachgefragt wird ... Ich will noch dazu sagen, wir sind keine Bedarfswecker, sondern Bedarfsdecker. Der Hauptauftraggeber ist der Staat, der Bund bei den Bundesautobahnen, das Land, die Kreise, die Kommunen und der Wohnungsbau. Selbst wenn der Wohnungsbau gerade ein bisschen schlappmacht, weil die Investoren sagen, bei den Energiepreisen oder bei den Lieferkettenunterbrechungen investieren wir gerade einmal nicht, bleibt der Rest. Wir müssen Brücken bauen oder sanieren. Ich wohne unter der Rahmedetalbrücke. Sprechen Sie einmal mit den Industrievertretern, was da gerade los ist, wie Unternehmen sich – ja – davonschleichen, woanders investieren und die Arbeitsplätze abbauen. Ihr Fraktionskollege Gordan Dudas wohnt da auch. Sprechen Sie einmal mit dem. Es muss schnell gebaut werden. Das heißt, die Nachfrage wird bleiben.

Sie müsste auch im Wohnungsbau bleiben. Ich habe zu der Abgabe und anderen Themen auch zu den Fraktionen in Berlin gesprochen. 400.000 Wohnungen stehen im Koalitionsvertrag. Das ist das Minimum aus der Sicht der Bundesregierung. Die machen sich Sorgen um soziale Spannungen, wenn die nicht gebaut werden. In der Prognose rutschen wir unter 200.000. Was will ich damit sagen? – Das heißt, wir haben auf jeden Fall weiter den Bedarf bei Baurohstoffen und bei Brücken- und Straßensanierungen sowie beim Wohnungsbau. Es ist aus sozialen Gründen unerlässlich, das weiter voranzutreiben.

Wenn nachgefragt wird, muss es natürlich von irgendwo herkommen. Schon jetzt kommt das teilweise per Schiff aus Norwegen, aus Schottland. Da liegen Steinbrüche direkt an der Küste, dann geht es auf das Schiff, dann geht es noch auf die Bahn, und dann geht das auf den Lkw. Das Material geht bis zum Dortmunder Hafen. Wenn die Preise hier steigen, wird es so sein, dass es sich lohnt, ich sage einmal, aus Baden-Württemberg oder woher auch immer über den Oberrhein das Material hierherzubringen, weil es sich dann, wenn der Preis gestiegen ist, lohnt, über noch weitere Wege zu gehen. Das heißt, ich habe wirklich den marktwirtschaftlichen Effekt.

Ich – damit bin ich bei der Antwort auf die Frage von Herrn Brockes – erhöhe die Transportwege bei einem derzeit im Wesentlichen regionalen Markt – 50-km-Radius – und erhöhe damit auch den CO₂-Ausstoß. Das ist immer so, wenn ich ein Produkt künstlich verteuere oder es verknappe, was ich auch noch sehe. Ich sagte eingangs, dass ich mir Sorgen mache, dass nicht jeder dieser mittelständischen und Familienbetriebe überleben kann, die ich täglich am Telefon habe und die mich fragen: Wie weit ist das? Kommt hier eine Abgabe? Ich weiß nicht was ich tun soll. – Ich mache mir auch Sorgen um die Verknappung der Materialien durch die Schließung von Betrieben

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

da, wo der Preis nicht weitergegeben werden kann. Natürlich wird das ökologisch dazu führen, dass ich bei größeren Transportwegen – dass muss ich Ihnen doch nicht erzählen – einen höheren CO₂-Ausstoß habe. Das haben wir ausrechnen lassen. Gerne kann ich Ihnen das zuschicken. Wenn wir das selbst machen, glaubt es keiner. Deshalb haben wir es ausrechnen lassen.

Wie sieht eine Recycling- und Rohstoffstrategie aus? Vor zehn Jahren war ich mit einem leider inzwischen verstorbenen SPD-Abgeordneten schon einmal ziemlich weit. Ich wiederhole es noch einmal, ich fand den Antrag der SPD in der letzten Legislaturperiode gut, eine Komplettrategie für NRW zu machen. Was brauchen wir an Rohstoffen? Was brauchen wir an Recycling? Das hat sich alles nicht verwirklicht.

Was haben wir in der Zeit gemacht? – Ich sagte schon, wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben mit dem Auftrag: Wie kann uns der Gesetzgeber und Normengeber helfen? – Vor sieben Jahren habe ich es jedem überreicht. Ich habe auch viel bei Hendrik Wüst als Verkehrsminister gesessen und ähnlich, wie gerade die Kollegen gesagt haben, gesagt: Komm, jetzt sieh einmal zu, dass Straßen NRW auch Recycling ausschreibt. Wenn das von einer akkreditierten Stelle güteüberwacht ist, müsst ihr euch überhaupt keine Sorgen machen. –

Der einzige Punkt, der aus unserem Gutachten in das Kreislaufwirtschaftsgesetz übernommen wurde, ist die bevorzugte Ausschreibung von Recyclingmaterial. Christoph Epping als jetziger Unterabteilungsleiter hat das dankenswerterweise übernommen. Ich habe ihm gesagt: Stell das bitte scharf, damit es für die Unternehmen einen subjektivrechtlichen Anspruch gibt. – Der ist im Kreislaufwirtschaftsgesetz nicht festgeschrieben worden. Wir sind vor einem Jahr beim Staatssekretär des Umweltministeriums hier in NRW gewesen und haben gesagt: Dann stellt es doch wenigstens im Landekreislaufwirtschaftsgesetz scharf. Das wird nicht zu einer Klageflut führen, aber das führt dazu, dass die öffentlichen Auftraggeber es wenigstens ausschreiben, weil sie Angst haben, dass geklagt wird. – Das ist bisher nicht umgesetzt worden. Das Ministerium wollte sich melden. Wir warten noch darauf.

Das ist der erste Punkt. Wie gesagt, wir haben mehrere Gespräche mit dem Umweltschaftssekretär geführt und Vorschläge gemacht, wo der Gesetzgeber uns helfen kann. Seit einem Jahr führen wir auch mit dieser Landesregierung Gespräche. Vorher in den letzten fünf Jahren haben wir die auch schon geführt. Das kann ich alles nachweisen.

In Nordrhein-Westfalen haben wir einen sozialen Dialog. Das heißt, wir treffen uns alle paar Monate mit den Spitzen der Umweltverbände und Gewerkschaften und überlegen, was wir gemeinsam machen können. Zusammen mit dem NABU und mit Unterstützung des Wuppertal Instituts haben wir vor vier, sechs Wochen einen Brief an die Wirtschaftsministerin und den Umweltminister gerichtet, uns bei der Umsetzung einer stärker zirkulären Wirtschaft wissenschaftlich zu unterstützen. Der Brief liegt seit sechs Wochen vor. Noch einmal: NABU und vero mit Unterstützung des Wuppertal Instituts. Mir fehlt teilweise der technische Sachverstand. Da hätte ich gerne begleitend von der

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Landesregierung Unterstützung, was wir brauchen, um Projekte schneller umsetzen zu können. Das ist ein weiterer Punkt.

Wir haben mit der Bauindustrie jüngst, weil auch aus der Bauindustrie der Wunsch nach mehr RC-Beton kam, mit unseren Recyclingunternehmen und Betonunternehmen einen runden Kreis gebildet, in dem wir gerade schauen, wie wir Projekte voranbringen können. Da sagen die Recycler – ich wiederhole noch einmal, wir sind größter Baustoffrecyclingverband in NRW –: Ja, wir brauchen aber permanenter Aufträge, wenn wir auch beim Beton Recycling machen wollen. Ein Pilotprojekt reicht nicht. Dafür können wir die Anlage nicht umstellen. Wir brauchen dauerhaft Aufträge. – Noch einmal: Das machen wir gerne. Davon muss mich keiner überzeugen. Das, was die Kollegen gerade gesagt haben, kann ich fast alles unterstreichen. Das ist auch in unseren Vorschlägen enthalten.

Ich habe hier auch einmal an einem langen Tag gesagt: Schafft doch einmal ganz leicht, das könnt ihr auf Landesebene machen, ...

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Bengler, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Raimo Bengler (vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Entschuldigung, dann muss ich mich kurz fassen.

Vielen Dank für die Frage, über die ich mich sehr gefreut habe. Wir sind gerade auf unterschiedlichen Wegen dabei, auch Recycling voranzubringen, aber wir brauchen die Hilfe der Politik. Allein bekommen wir es nicht hin.

Stephan Schaller (Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production): Es ging um die Frage, was eine Rohstoffstrategie in NRW konkret beinhalten sollte. Ich durfte tatsächlich noch nie an einer solchen Strategie mitwirken. Daher bin ich da eher ein bisschen laienhaft unterwegs, aber trage sehr stark das Ziel der Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenabbau mit. Ressourceneinsatz ist meiner Sicht ein ganz wesentliches Ziel.

Die Kernfrage ist sicherlich: Was sind die relevanten Rohstoffströme und Bedarfe? Auch hier spielt wieder eine Rolle, mit welchen externen Kosten die verbunden sind, und was die Zielrichtungen sind, gerade wenn man die in einer Social Economywelt denkt, in die man einsteigen kann.

Dann gilt es aus meiner Sicht, sich entlang der Prinzipien der Social Economy – der eine kennt sie unter den zehn Rs oder den sieben Rs oder wie auch immer – entlang zu hangeln und wirklich systematisch zu schauen, wo wir auf regionaler Ebene welche Kreisläufe in welchen Branchen sinnvoll schließen können. Da ist die Frage relevant: Was sind eigentlich zirkuläre Substitutionsmöglichkeiten, die wir heute schon haben? Baustoffe sind da sicherlich ein spannender Punkt. Wie ist aber auch die Endlichkeit und Verfügbarkeit von begrenzten Rohstoffen? Braucht es in manchen Bereichen

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

vielleicht sogar so etwas wie Nutzungsprioritäten, weil einfach klar ist, so wie bisher und so linear wie bisher können und wollen wir das vielleicht in NRW nicht mehr weitermachen.

Gerald Knauf (Wissenschaftsladen Bonn): Viele von den Zahlen, die Herr Wille angesprochen hat, sind hier in schon verschiedenen Zusammenhängen angedeutet und auch genannt worden. Die Zahlen, die ich habe, sind Zahlen aus dem 13. Monitoringbericht der Kreislaufwirtschaft und haben einen deutschlandweiten Bezug.

Wenn wir uns den Bauschutt ansehen – es geht erst einmal um diesen Bereich –, sind es 60 Millionen t, die dort anfallen. Die Zahlen stammen aus dem Jahr 2020. Davon werden – ich runde das jetzt ein bisschen ab und will nicht so sehr ins Detail gehen – ca. 78 % recycelt, ca. 16 % auf Deponien verbaut und verfüllt und ca. 5,5/6 % über Deponien beseitigt. Das sind die Zahlen, die die ganze Dimension deutlich machen. Das heißt letztendlich, wenn man sich das anschaut, über recyclingverbauen und -verfüllen – das sind bestimmte Begrifflichkeiten, die gewählt werden – werden 80/90 % des tatsächlich anfallenden mineralischen Bauschutts in irgendeiner Form wiederverwertet.

Der Punkt ist aber, der auch uns umtreibt, die niedrige Qualitätsstufe, in der dieses Recycling größtenteils stattfindet. Es sind nur geringe Mengen – die Zahl war vorhin auch schon im Spiel, 15 % sind denkbar –, die möglicherweise in den Hochbau gehen können, aber auch das noch nicht tun. Das heißt, hier haben wir ein sehr großes Potenzial.

Herr Wille sprach von einem Projekt, in dem wir sehr praxisnah, sehr nah an der Realität arbeiten. Hier sind wir in der Region Ostwestfalen-Lippe unterwegs und beraten da Kommunen und Kreise, wie sie diesen Bereich organisieren können, welche Wege da zu gehen sind. Da haben wir auch eine Partnerschaft mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement von der Uni Trier. Die haben das mit verschiedenen Modellgebäuden in der Region noch einmal durchgerechnet. Dabei geht es um öffentliche Gebäude, um Schulen. Da kommen wir zu einer möglichen Rate von 30 %. Das ist das, was nach dem Abbruch eines solchen Gebäudes wieder über das hochwertige Recycling nach jetzigem Standard, so wie wir das bisher gehört haben, umgesetzt werden kann.

Es wurde hier aber schon erwähnt, dass es dabei eine Menge Probleme gibt. Das sind die Standards, der Normungsprozess, der durch die Roadmap angefangen hat. Es müssen noch viele Dinge geklärt werden, um tatsächlich diese 30 % zu erreichen, aber technisch machbar sind diese 30 % schon jetzt.

So weit zu den Zahlen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann leite ich zur vierten Fragerunde über, die wieder Herr Brockes eröffnet.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte mit Herrn Möring vom Bauindustrieverband weitermachen. Herr Möring, wie lässt sich der Einsatz von Sekundärmaterialien aus Ihrer Sicht weiter eröffnen bzw. welche Hürden müssen wir auf Landesebene hier noch überwinden? Wenn Sie uns da Ihre Ideen eventuell kundtun könnten.

Bianca Winkelmann (CDU): Ich möchte noch einmal auf das Thema der geschlossenen Kreislaufwirtschaft zu sprechen kommen und richte meine Frage an Herrn Schmidmeyer. Welche Hürden und Regularien müssten aus Ihrer Sicht abgebaut werden, um eine möglichst geschlossene Kreislaufwirtschaft noch stärker zu fördern?

René Schneider (SPD): Meine nächste Frage geht an Herrn Schmidmeyer. Sie sagten in einer der vorherigen Antworten, dass Recyclinganlagen fehlen und machten das vor allen Dingen daran fest, dass die Genehmigungen schwierig und komplex sind. Meine Frage bezieht sich auf das Invest, weil ich eine Anlage fast in meinem Wahlkreis in Hünxe kenne. Könnte man die Einnahmen aus der Primärrohstoffabgabe aus Ihrer Sicht auch gut dafür nehmen, um ein solches Invest zu flankieren? Noch sind es zu meist EU-Mittel, die in solche Anlagen reingehen. Wie müsste man aus Ihrer Sicht solche Anlagen lokal verorten? Da hätten wir den Vorteil, dass wir solche Recyclinganlagen, anders als beim Kies, die räumlich klar festliegen, gut über das Land verteilen und dadurch CO₂ einsparen könnten, weil die Lieferwege kürzer sind. Gibt es da Ihrerseits Vorstellungen bzw. macht sich der Verband Gedanken darüber, wie so etwas am besten möglicherweise mit finanzieller Unterstützung einer solchen Primärrohstoffabgabe zu planen wäre?

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Ich habe noch eine weitere Frage an Herrn Knauf. Ich bitte Sie um eine Einschätzung – das wird in der Stellungnahme erwähnt –, wie viel das konkret bedeuten würde, wenn man mit einer Rohstoffabgabe für den, ich sage mal, normalen Häuslebauer, wie man in der allgemeinen Diskussion häufig sagt, kommt. Über verschiedene Prozentsätze – ob das, 10, 15, 20 oder 30 % sind – kann man einen Korridor bestimmen, in dem sich mögliche Preissteigerungen bewegen. Ich glaube, vorhin ist schon einmal ein grober Satz dazu gesagt worden. Können Sie eine Einschätzung vornehmen, wie sich das auf die Gesamtbaukosten – die sind das Entscheidende – für den Bauherrn niederschlägt?

Christian Loose (AfD): Meine nächste Frage geht an Herrn Möring vom Bauindustrieverband. Die größten Auftraggeber sind im Grunde genommen das Land und die Kommunen, die Brücken, Straßen etc. bauen wollen. Das heißt, das Land zahlt am Ende einen Großteil der Rohstoffsteuer an sich selbst, und extrem viele Mitarbeiter werden damit befasst, diese Steuer zunächst einmal in irgendeiner Weise zu definieren, irgendwelche Hebesätze oder sonst etwas darzustellen und die Steuer auf Unternehmensebene einzutreiben. Dann werden Leute eingestellt, die eine Steueroptimierung betreiben werden. Das heißt, vielleicht wird ein Jahr früher mehr Kies abgebaut,

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

man verschiebt dort etwas intertemporal oder man beschäftigt sich damit, abzuwandern. Statt zu bauen, beschäftigen sich dann also ganz viele Leute mit dieser Steuer. Meine Frage lautet: Ist das nicht extrem viel Bürokratie und Belastung für eine Steuer, die am Ende hauptsächlich der Staat an sich selbst bezahlt?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Möring, Sie haben als Erster die Gelegenheit, auf die Fragen von der FDP und der AfD zu antworten.

Niklas Möring (Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen): Ich fange einmal vorne an mit der Frage, was wir tun könnten. Ich glaube, es wäre angezeigt, wenn wir beispielsweise das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz konsequent anwenden würden; denn darin ist gerade für öffentliche Auftraggeber schon eine grundsätzliche Verpflichtung angelegt, bei öffentlichen Aufträgen rezyklierten Materialien den Vorzug zu geben.

Das bietet mir die Chance, was eben aus Zeitgründen nicht mehr möglich war, ein aktuelles Beispiel zu bringen. Es geht um eine Baumaßnahme an einer Bundesstraße im nördlichen Nordrhein-Westfalen, bei der eine Dammschüttung mit einem Volumen von 90.000 m³ erfolgen soll. Das ist, wie Sie sich vorstellen können, ein öffentlicher Auftraggeber. In der Ausschreibung wird explizit ausgeschlossen, obwohl unsere Unternehmen das anbieten, Ersatzbaustoffe einzusetzen. Es wird dort darauf bestanden, Primärrohstoffe zu verwenden, was in dem Volumen nicht so ganz ohne ist. Wenn man sie nicht woanders herbekommt, könnte das möglicherweise dazu führen – ich sage es einmal zugespitzt –, dass dort Kiese und Sande, die man wunderbar woanders verwenden könnte, wo man auf sie angewiesen ist, zum Einsatz kämen. Das ist ein zugespitztes Beispiel. Es gibt Ähnliches aus vielen Kommunen in Nordrhein-Westfalen zu berichten, die grundsätzlich in ihren Ausschreibungen sagen, Primärrohstoffe möchten wir, Ersatzbaustoffe möchten wir nicht. Die Gründe sind für uns zum Teil rätselhaft. Manchmal wird die Entscheidung begründet. Ich glaube, das ist ein Ansatzpunkt.

Die öffentliche Hand – damit wird auch die Frage von Herrn Brockes beantwortet, was passiert müsste – müsste ihrer Vorbildfunktion und auch den Gesetzen, die es schon gibt, schlichtweg nachkommen. Ich glaube, daraus ergibt sich eine riesige Hebelwirkung. Es ist schon angesprochen worden, dass sie für einen Großteil der Auftragsvolumina steht.

Damit zu Ihrer Frage, Herr Loose. Natürlich würde einiges von diesen Sachen auf den Schultern der Steuerzahler lasten, aber das ist natürlich genauso ein Problem für private Auftraggeber. Ich glaube – das ist auch schon mehrmals angesprochen worden –, wir brauchen eine Gesamtstrategie. Man kann nicht mit singulären, kleinen Schritten und Maßnahmen so etwas vorantreiben. Wir haben auch ein großes Interesse daran und warten, dass es in unseren Aufträgen nachgefragt wird, aber das passiert nur viel zu wenig. Ich glaube, die Verfügbarkeit der Stoffe bekommt man hin, aber wir müssen die Nachfrage generieren. Wir glauben, dass man das eher mit positiven Anreizen

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

schaffen kann. Das kann beispielsweise durch das Land geschehen, indem es sagt: Kommunale Eigenanteile bei Dingen, die wir als Land mit fördern, können vielleicht kleiner ausfallen, wenn ihr RC-Baustoffe einsetzt. Dann greifen wir euch mehr unter die Arme. – Solche Dinge sind besser als es über eine Steuer zu machen. Es sollte also eine positive Förderkulisse geben.

Der letzte Aspekt ist das Thema „zusätzliche Bürokratie“. Wir wissen alle noch nicht, wie es ausgestaltet wird, aber ich hatte eben schon in einer Antwort gesagt, all das, was Bauen verteuert – dazu gehört Bürokratie –, komplizierter macht, langwieriger macht, ist aus unserer Sicht momentan einfach nicht angezeigt. Da gibt es sicherlich bessere Wege.

Stefan Schmidmeyer (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung): Herr Möring, ich möchte Sie entlasten. Das ist kein überspitztes Beispiel. In Nordrhein-Westfalen und auch in anderen Bundesländern haben Sie zuhauf, dass diese Ausschlüsse auch bei großen Baumaßnahmen stattfinden.

Jetzt aber zu Ihrer Frage nach den Regularien. Man muss zum einen zwischen den technischen Regularien, also Baunormen, Bauvorschriften usw., und zum anderen zwischen den gesetzlichen Regularien unterscheiden. Wir haben sehr viele Baunormen, sehr viele technische Regelwerke, aber die wenigsten dieser Regelwerke schließen den Einsatz von Ersatzbaustoffen/Sekundärbaustoffen aus. Das wird manchmal, wie beim Betonbau, auf 35/45 % beschränkt. Wir könnten heute schon mehr – das sagt uns die Forschung, aber auch genügend Pilotprojekte –, aber so steht es in der Norm. Wenn wir aber nur die 35 bis 45 % ausnutzen würden, dann hätten wir schon viel gewonnen. Wir müssen nicht 100 %, sondern das, was möglich ist, umsetzen und uns nicht dagegen sträuben, das, was das Regelwerk, die Normen erlauben, umzusetzen.

Wir wünschen uns auch, dass die Anpassung, die Harmonisierung der Normen untereinander schneller geht, zum Beispiel, dass man RC-Sande einsetzen kann, dass man vielleicht einen höheren Anteil an Recyclingbaustoffen im Beton unterbringen kann. Das wünschen wir uns alle. Das ist nun einmal ein Normungsprozess. Manchmal ist es auch sinnvoll, nicht zu schnell vorzugehen, aber insgesamt dauert es zu lange. Die Harmonisierung der Normen, die Anpassung an neue Forschungsergebnisse oder an den Stand der Technik, sollte schneller gehen.

Dann haben wir – Herr Möring und Herr Bengler haben es auch schon angesprochen – die gesetzlichen Regularien, wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz, das Landeskreislaufwirtschaftsgesetz, die Vorprüfung durch die öffentliche Hand, die Pflichten der öffentlichen Hand. Das ist alles wunderbar. Die Pflicht, Recyclingbaustoffe zu bevorzugen, darf aber keine Rechte Dritter begründen.

Ich bin bei Herrn Bengler – wir haben das immer deutlich gesagt –, es wird keine Klage geben, aber es wird der Druck auf die ausschreibenden Stellen erhöht, sich

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

das gut zu überlegen und einen Ausschluss von Ersatzbaustoffen/Sekundärbaustoffen zu begründen, weil wenn ich eine Begründung habe, es geht aus den und den Gründen nicht, dann kann man eben nichts machen, aber einfach lapidar zu sagen, ich will Naturmaterial, weil wir immer schon nur mit Naturmaterial gearbeitet haben, geht nicht. Das funktioniert nicht, solange dieser Satz in den Gesetzen steht. Das können wir auf Bundesebene sicherlich nicht so schnell ändern, aber die Länder könnten es ändern.

Dann geht es natürlich auch um die Kontrolle von bestehenden Vorschriften, wie die Gewerbeabfallverordnung. Um mehr und besser zu recyceln, brauchen wir eine Getrennthaltung, einen selektiven Rückbau. Das bekommen wir nur hin, wenn die Gewerbeabfallverordnung – in der steht alles drin – auch umgesetzt wird, also auch kontrolliert wird, aber die Kontrolle fehlt. Also wird sie nicht umgesetzt. Da ist der private Unternehmer nicht anders als der Behördenvertreter. Wenn ich nicht muss, dann mache ich es nicht.

Abfallhierarchie: Ich kenne fast keine Ausschreibung, in der bei der Entsorgung die Position „Recycling“ angefragt ist. Da heißt es nur immer: Verwertung in Gruben und Brüchen oder Deponierung. – Zur Entsorgung gehört auch Recycling. Warum steht nicht drin, die Abfallhierarchie betrachten? Wenn man das konsequent umsetzen würde, dann hätten wir einen riesigen Schub, um ohne große Anstrengung mehr Material in den Kreislauf zurückzuführen.

Das Zweite sind die Genehmigungen, die finanziellen Unterstützungen. Der Unternehmer, der sich überlegt, ins Recycling einzusteigen und zu investieren, hat sich das durchgerechnet. Bei der Genehmigung sind es einfach die Zeit, der Aufwand, die Bürokratie und vor allem die mangelnde Unterstützung vor Ort auch von der Politik vor Ort. Wie beim Windrad, wie bei irgendwelchen Anlagen, heißt es: Brauchen wir, finden wir sinnvoll, aber doch nicht bei uns. – So gehen Sie von Ortschaft zu Ortschaft und finden keine Möglichkeit, einen Zwischenlagerplatz für Abfälle und schon gar nicht irgendeine Anlage – wenn vielleicht stationär und mit moderner Technik – zu genehmigen. Das will keiner. Das unterstützt die Politik vor Ort nicht. Das ist eigentlich das Problem, das wir haben. Wenn man vor 20, 30 Jahren zwei Gutachten für eine Recyclinggenehmigung brauchte, dann brauchen sie heute sieben, acht mit einem entsprechenden Zeitbedarf und Geldbedarf. Das muss geändert werden: einfacher, unbürokratischer und vor allem Unterstützung vor Ort auch durch die Politik, die einfach sagt, wir brauchen das. Dann können wir das wirklich dezentral machen.

Wir müssen eine Recyclinganlage nicht neben das Kiesvorkommen setzen. Das macht keinen Sinn. Wir haben aber Regionen, in denen wir eben wenig Kies oder wenig Gesteinsmaterial haben. Da können wir das hinsetzen. Oder auch in einem Ballungsraum. Von Hamburg kenne ich das. Die fahren über das Schiff Kiesmaterial an, dann wird es ausgeladen und so schnell wie möglich auf einen Lkw geladen und außerhalb an den Stadtrand gefahren, weil die Gebühren im Hafen zu hoch sind. Wenn man es wieder braucht, wird es wieder hineingefahren. Das könnten wir mit viel Bauschutt und

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Bodenmaterial, das wir mittlerweile in Hamburg auch aufbereiten, ersetzen. Das ist der Weg. Da brauchen wir die Unterstützung.

Wenn Sie sagen, wir unterstützen die Branche, die kleinen und mittelständischen Betriebe, um moderne Techniken, die sich vielleicht auch noch halb im Versuchsstadium befinden, in der Sortiertechnik oder Sonstigem einzuführen, sagen wir natürlich nicht nein. Das nehmen wir gerne an. Viele Firmen würden sich freuen, für diese neuen Techniken eine Unterstützung zu bekommen, aber das Hauptproblem ist die Durchführung der Genehmigungen, nämlich wie man sie durchführt und vor allem, dass man Standorte zulässt und auch genehmigt. Es geht also um die Standortsuche.

Gerald Knauf (Wissenschaftsladen Bonn): An den Anfang möchte ich wieder gerne ein paar Zahlen stellen, die natürlich sehr vage sind. Vorhin wurde schon angedeutet, wenn man sich ein normales Haus anschaut, dann kann man im Durchschnitt von vielleicht 200 t Beton ausgehen. Das ist natürlich eine sehr vage Zahl, die eine riesige Spannweite beinhaltet. Wenn man ein Holzblockhaus mit Betonfundament baut, ist das eine ganz andere Zahl, als wenn ich einen Betonwürfel mit einer Tiefgarage nehme. Das sind komplett andere Zahlen. Trotzdem nutze ich einmal dieses Rechenbeispiel, also die 200 t Beton für ein Einfamilienhaus. Es würde gar keine Rolle spielen, ob sich die geschätzte Abgabe auf 10 oder 30 % belaufen würde, aber bei einer 20%igen Abgabe, wie sie vielleicht denkbar wäre, würde das gegebenenfalls eine Mehrbelastung von einem mittleren dreistelligen Betrag bedeuten, der wirklich vernachlässigbar ist.

Wir hatten vorhin, ich glaube, von Herrn Benger, gehört, dass es hier um 1.000/2.000 Euro geht. Ich weiß nicht, ob das eine andere Zahl war. Das spielt aber auch keine Rolle, sondern es geht nur darum, dass es wirklich nur sehr kleine Beträge sind, die eine Investition nicht maßgeblich beeinflussen.

Ich möchte das aber noch einmal auf eine andere Ebene heben. In der Projektrealität, in der ich arbeite und mit der ich mich auseinandersetze, gibt es in einer Kommune einen Baubedarf. Es soll eine Schule abgerissen und neugebaut werden. Das Ganze ist linear gedacht, das heißt also, durch abreißen neu bauen. Als Budget hat man einen zweistelligen Millionenbetrag zur Verfügung gestellt. Dann war die Überlegung: Lasst uns doch noch einmal Varianten rechnen. – Zu dem Projekt, das wir initiiert haben, wurde also die Frage gestellt: Lasst uns doch noch einmal Varianten rechnen, die Nachhaltigkeit mehr in den Vordergrund stellen, die Zirkularität in den Vordergrund stellen. – Das wurde dann tatsächlich auch politisch durchgesetzt, sodass beschlossen wurde, in der Kommune zu sagen: Wir machen das jetzt einmal. Jetzt werden Variantenrechnungen aufgestellt. –

Das aber mit dem festgelegten und vorgefertigten Budget. Das bedeutet, dass der Betrag fest ist. Alle Varianten müssen sich darunter einordnen. Da geht es wirklich ganz zentral immer wieder um die große Frage: Was rechnet sich? Was ist kostengünstiger? – Wir mögen uns zwar ärgern, wenn das immer wieder ins Zentrum gerückt

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

wird, aber bei diesen Entscheidungen, wenn es wirklich um ganz klare haushalterische Rechnungen geht, merkt man immer wieder in der Realität, das ist der erste Punkt, der kommt. Wenn wir irgendeinen Vorschlag machen, wenn wir in die Diskussion gehen, lasst uns das zirkuläre Bauen einmal voranbringen, dann kommt immer wieder die Aussage, es muss sich rechnen, es muss funktionieren. Das ist einer der wesentlichen Punkte. Da kommt dann eine solche Abgabe zum Tragen, die erst einmal für den einzelnen Häuslebauer tatsächlich sehr geringe Auswirkungen hat, die dann aber auf kommunaler Ebene, wenn es um größere Bauwerke geht, investitionsentscheidend ist.

Das ist genau der richtige Weg, weil an die Kommunen und die öffentliche Hand generell – das haben wir gerade gehört – permanent die Anforderungen steigen werden, in der Zukunft nachhaltiger, aber auch zirkulärer zu bauen. Das heißt also, wenn die primären Rohstoffe deutlich günstiger sind als die zirkulären Baustoffe, hat das die Auswirkung, dass wir hier zwischen den beiden immer ein Missverhältnis haben. Es ist ein entscheidender Schritt, das auszugleichen, auf einen Level zu bringen, diese Diskriminierung zu verhindern, um eine Stufe weiterzukommen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir haben dann noch die Gelegenheit für eine fünfte Fragerunde, wenn der Bedarf besteht. – Herr Brockes, Sie starten die Fragerunde.

Dietmar Brockes (FDP): Meine nächste Frage möchte ich an Herrn Bengler richten. Wir haben inzwischen schon einige gute Vorschläge gehört, wie man die Recyclingquote erhöhen kann, ohne einen Kies-Euro einführen zu müssen. Herr Bengler, trotzdem möchte ich von Ihnen wissen, wo aus Ihrer Sicht noch Möglichkeiten liegen, die Recyclingquote zu erhöhen bzw. wo man an die Grenzen stößt.

Bei den Ausführungen von Herrn Knauf habe ich gesehen, dass Sie darauf reagiert haben. Insofern würde mich interessieren, wie dazu Ihre Meinung ist. Vielleicht können Sie das mit Ihrer Antwort verbinden.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich würde gerne noch eine Frage an Herrn Schmidmeyer richten. Sie hatten vorhin erläutert, es gibt auch zu wenig Anlagen, die Recycling machen. Deswegen sei das Angebot im Markt zu niedrig. Sie haben gesagt, wir bräuchten bessere rechtliche Rahmenbedingungen, dass Genehmigungen erteilt werden, damit die Anlagen entstehen können. Haben Sie konkrete Vorstellungen, was man ändern könnte – beispielsweise wie bei anderen Infrastrukturvorhaben Deutschlandgeschwindigkeit oder überragendes öffentliches Interesse –, damit man möglichst schnell diese Anlagen errichten kann? Sonst kommen wir, wenn die öffentliche Hand sehr stark diese Stoffe nachfragen würde, eventuell in die Situation, dass wir die Masse nicht zur Verfügung haben, wenn die Anlagen nicht stehen.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

René Schneider (SPD): Ich möchte meine letzte Frage an Herrn Benger richten. Wir stehen immer wieder einmal im Austausch. Ich glaube, aus unserem Austausch herausgelesen zu haben, dass wir uns einig sind, dass der Rohstoff – Kies und Sand – endlich ist und nicht nachwächst, aber der Verbrauch steigt. IT.NRW hat gerade erst wieder plus 1,6 % im Jahr 2022 gemeldet. Der Rohstoffverband tätigt die Aussage, ganz ohne Kies und Sand wird es nie gehen. Deshalb meine Frage: Was schlagen Sie vor, um den Rohstoff zu sparen und ihn noch möglichst lange nutzen und verkaufen zu können?

Dr. Volkhard Wille (GRÜNE): Noch eine letzte Frage an Herrn Schaller. Es wird in der Diskussion häufig gesagt, eine isolierte Regelung in einem Bundesland ist ein Risiko. Sie haben aber durchaus auch Chancen gesehen oder zumindest durchaus positiv kommentiert, dass hier ein landespolitischer Ansatz sinnvoll sein kann. Können Sie das noch einmal erläutern und vielleicht darlegen, weshalb das gar nicht eine so große Gefahr für die Situation in NRW ist?

Christian Loose (AfD): Meine nächste Frage geht an Herrn Benger von vero. Die Landesregierung hat sich Ziele beim Bau von Wohnungen, beim Bau von Brücken, beim Bau von Windrädern gesetzt. Wir hatten daraufhin die Landesregierung einmal gefragt, wie viel Sand und Kies man für den Bau von Windrädern, für den Bau von Häusern, für den Bau von Brücken bräuchte. Die Landesregierung konnte das weder für den Einzelfall noch für den Gesamtbedarf bis zum Jahr 2030 beantworten. Sie hat gar keine Zahlen geliefert.

Herr Brockes hat in einer Plenardebatte Mengen angegeben. Auch Sie von vero haben Mengen in verschiedenen Publikationen angegeben. Herr Knauf konnte die hier für den Bau eines Hauses präsentieren. Deshalb meine Frage an Sie, Herr Benger: Wie bewerten Sie angesichts dieser Unsicherheit bei der Datenlage der Landesregierung das Ziel der Landesregierung, eine Rohstoffabgabe und eine Mengenreduzierung beim Rohstoffabbau einzuführen?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Wir beginnen mit den Antworten. Herr Benger, Sie sind angesprochen worden.

Raimo Benger (vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Ich versuche das hinzubekommen. Ich habe vergessen, einen Kuli mitzubringen. Daher sehen Sie mir bitte nach, dass ich mir die Fragen nicht aufschreiben konnte.

Der eine Punkt ist die Betrachtung, wie sich die Abgabe auf die Preise auswirkt. Herr Schneider, Sie haben aber gerade die Zahl von 1,6 % des Statistischen Landesamts von, ich glaube, vorgestern zitiert. Das ist eine Produktionsmengensteigerung. Ich will jetzt keine volkswirtschaftliche Vorlesung halten, aber es steht auch drin, dass der

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Umsatz um 13 % gestiegen ist. Das heißt 1,6 % Produktionssteigerung, 13 % Umsatzsteigerung.

Wir haben – das musste ich einmal für verschiedene Zeitungen darlegen – mit dem Ausstieg aus der Rohstoffbranche schon vor vielen Jahren begonnen. Viele Kieswerke, die früher produziert haben, existieren nicht mehr. Wir haben das Problem – das kann ich darlegen, ich musste das einmal für die „BILD-Zeitung“ und andere machen –, die sind vom Markt weg. Auch Steinbrüche tun sich mit Genehmigungsverfahren schwer. Das heißt, es sind viele Betriebe weggefallen.

Wenn ich ein Produkt verknappe, dann steigt der Preis, wenn die Nachfrage hoch ist. Genau das ist das, was das Statistische Landesamt vorgestern noch einmal bestätigt hat. Volkswirtschaftlich ist das so. Eben habe ich wieder die 20 % gehört, die ich auch schon kannte, wobei mir noch nicht klar ist, ob die sich auf den Umsatz oder auf den Gewinn – das ist auch noch einmal ein Unterschied – oder worauf immer beziehen. Ich nehme einfach einmal an, sie beziehen sich auf den Umsatz, da ich es nicht besser weiß. Wenn ich dann die Kollegen von der Weser oder aus Köln oder Aachen sehe, bekommen die 20 % vom Umsatz weggesteuert. Auf der anderen Seite, man muss nur über eine Brücke gehen, ist das nicht der Fall. Deshalb werden die das natürlich nicht weitergeben können. Es wird sich – das ist keine Schwarzmalerei, wenn wir über solche Zahlen reden – der eine oder andere Betrieb, unabhängig von Problemen, die im Zusammenhang mit Genehmigungsverfahren existieren, fragen: Macht das überhaupt noch Sinn? – Dann verknappe ich die Menge weiter und die Preise steigen allein durch eine Rohstoffabgabe viel mehr an, als das gerade skizziert wurde. Das ist Marktwirtschaft. So wird das funktionieren. Das beobachten wir schon in den letzten Jahren ganz besonders in NRW.

Zur Rohstoffstrategie: Was können wir noch mehr tun? – Ja, HDB ist auch bei uns wie fast alle anderen Recycler Mitglied. Das ist ein wunderbares und tolles Projekt, das zu Recht mit Fördergeldern unterstützt wird. Ich kann nur sagen, da muss es mehr Projekte geben. Ich weiß, dass Unternehmen aus der Rohstoffbranche gerade zusammensitzen und schauen, wie sie ähnliche Projekte im Recyclingbereich noch ausdehnen können. Das unterstützen wir alles. Ich will es noch einmal ganz deutlich sagen: Da sind wir gerne dabei und unterstützen das.

Andere Punkte habe ich eben genannt. Lasst uns gemeinsam mit der Landesregierung – das habe ich auch der Wirtschaftsministerin vorgeschlagen – NRW zum Recyclingland Nummer eins machen. Wir haben Vorschläge unterbreitet. Dazu gehörte unser Gutachten, dazu gehörten alle Stellschrauben. Warum setzen wir uns nicht gemeinsam hin und gehen das einmal durch? Ich habe hier schon einmal gesagt, so schlimm bin ich gar nicht im persönlichen Umgang. Das können wir gerne machen. Das wünsche ich mir seit vielen, vielen Jahren. Wir werden auch Wege finden, wie wir das forcieren können, aber bitte nicht mit einer Abgabe, die einzelne Unternehmen gefährdet und mit der sich der Staat im Prinzip ins Knie schießt. Da sind wir zu allem bereit.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Morgen werde ich mich auch hinsetzen – auch das habe ich zugesagt – und einmal eine mögliche Selbstverpflichtung ausarbeiten, die ich dann am Montag meinem Vorstand vorlegen werde, wie wir in diesem Bereich weiterkommen. Vielleicht ist das ein Weg. Es gibt Musterbeispiele aus verschiedenen Industriebranchen zu verschiedenen Themen. Es wird schwierig werden, das hinzubekommen, aber ich werde das morgen versuchen und hoffe, damit an die Landesregierung gehen zu können.

Trotzdem gibt es Zahlen. Ich sage noch einmal: Wir können besser werden. – Nicht dass mich hier jemand falsch versteht. Es gibt bessere Verfahren. Es gibt aber nur eine beschränkte Menge. Das heißt, damit wir mehr Recycling verarbeiten können, muss auch die Menge erhöht werden, die endlich ist. Wenn ich etwas aus dem Tiefbau herausnehme, weil das politisch erwünscht ist, und den RC-Beton hineinstecke, was wir können – wir können umstellen, wenn es genug Aufträge gibt –, dann fehlt es an der anderen Stelle. Wenn es politisch gewünscht ist, machen wir das, aber die Menge, die wir zurzeit haben, ist endlich. Nach wie vor haben wir die hohe Nachfrage, die dazu führt, dass Primärrohstoffe nicht von heute auf morgen verschwinden werden. Es ist auch genug da. Wir haben keine Rohstoffverknappung, sondern eine Genehmigungsverknappung.

Ich will jetzt nicht erzählen, wie rekultivierte und renaturierte Betriebe aussehen. Dazu hat der NABU viel geschrieben und gesagt. Wir haben dazu ein gemeinsames Projekt mit ihm, auf das ich gar nicht eingehe.

Wir haben aber noch die Zahlen des Kreislaufwirtschaftsträgers Bau von der Bundesebene. Es gibt ein Gutachten – das ist schon ein bisschen her unter der vorletzten schwarz-gelben Regierung –, wie die Situation in Nordrhein-Westfalen aussieht. Es werden Quoten genannt und was dazu gebraucht wird. Es hat auch ein Gutachten unter Rot-Grün gegeben, das aber nicht zur Veröffentlichung gekommen ist. Bei dem kam etwas Ähnliches heraus. Wenn da drinsteht, ob 80 oder 90 %, die 12 bis 15 % des Bedarfs decken, dann sage ich: Das sind keine Zahlen von uns, sondern von öffentlichen Stellen. – Ich sage aber auch, damit ich hier nicht missverstanden werde: Wir möchten mit Ihnen daran arbeiten, da noch besser zu werden. – Glauben Sie es mir einfach.

Stefan Schmidmeyer (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung): Herr Untrieser, Sie haben gefragt, wie wir das vereinfachen können. Das Erste, was unbedingt kommen muss, ist ein Bewusstseinswandel. Wenn wir am Bau Kreislaufwirtschaft wollen, dann müssen wir Standorte schaffen, Möglichkeiten schaffen, das auch umzusetzen. Das heißt, wir brauchen Zwischenlagerflächen, wir brauchen Anlagen, in denen gebrochen, gesiebt und gewaschen werden kann. Es muss eben klar sein – das ist oft das große Problem –, dass es dann natürlich auch Lkw-Verkehr gibt. Es muss angefahren und wieder abgefahren werden.

Wir haben schon Untersuchungen gemacht, die ergeben haben, dass mittlerweile manche Bauschutt- und Bodenmaterialien 100/150 km zu irgendwelchen Deponien

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

oder auch Recyclinganlagen gefahren werden, weil man sich im Umfeld eines Ballungsgebiets oder einer Stadt vehement wehrt, irgendwelche Standorte zu genehmigen. Das macht keinen Sinn. Für deine dezentrale, regionale Versorgung muss ein Bewusstseinswandel bei der Politik eintreten und von dort eine Unterstützung kommen. Ich hoffe natürlich auch, dass man dann die Öffentlichkeit entsprechend überzeugt.

Dann brauchen wir Augenmaß. Wenn ich nur ein Zwischenlager brauche, weil ich auf der Baustelle keinen Platz habe, Material für ein paar Monate, maximal ein Jahr zwischenzulagern, dann kann es nicht sein, dass eine Behörde ein komplettes BImSchG-Verfahren mit X Gutachten zum Lärm, zum Staub und Sonstiges verlangt. Der Bauherr kann mit der Baustelle gar nicht so lange warten, bis die alle durch sind. Das heißt, das Material kann nicht zwischengelagert werden. Schlimmstenfalls, weil es irgendwie weg muss, kommt es dann in eine Deponie oder in irgendeine Verfüllgrube. Da brauchen wir also mehr Augenmaß.

Auch bei den stationären Anlagen ist mehr Augenmaß erforderlich. Es kann doch nicht sein, dass wir beste Qualitäten wie RCL I auf den Baustellen mit niedrigstem Grundwasserabstand offen einbauen können, wir aber, sobald wir es auf der Anlage haben, überspitzt gesagt einen Hochsicherheitstrakt für das Niederschlagwasser bauen, das Abwasser behandeln und als Abfall entsorgen müssen, weil theoretisch so viel auslaugen könnte, was theoretisch gar nicht stimmt. Auch nicht alle Anlagen haben 100.000 oder 120.000 oder 200.000 t-Haufwerke auf ihren Anlagen liegen, sondern das sind kleine Haufwerke. Wir haben sehr viele kleine, mittelständische Betriebe mit kleinen Mengen. Da muss das Augenmaß her. Wir müssen da runter von der hohen Latte des Grundwasserschutzes und sagen, was wirklich vor Ort notwendig ist. Dieses Notwendige und nichts darüber hinaus dürfen wir verlangen.

Dann ist eine Unzahl – ich hatte es schon angesprochen – von Gutachten erforderlich. Das kommt oft nicht daher, weil wir noch zusätzliche Sachen begutachten müssen. Herr Benger hat es angesprochen, wir haben es berechnen lassen, weil sonst wird es uns nicht geglaubt. Unsere Betriebe müssen Gutachten erstellen lassen, die dann eingereicht werden. Der Gutachter sagt, das passt alles, das funktioniert alles. Dann ist irgendjemand in der Öffentlichkeit dagegen. In der Bürgerschaft wird dann gefragt: Wer hat das Gutachten bezahlt? – Natürlich der Unternehmer.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Herr Schmidmeyer, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

Stefan Schmidmeyer (Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung): Dann geht es wieder los. Das muss man reduzieren und herunterfahren. Das wäre das Wichtigste.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Stephan Schaller (Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production): Die Frage lautete, inwieweit eine Ressourcenabgabe vielleicht auch eine landespolitische Chance darstellt. Ich glaube, es juckt uns allen ein bisschen in den Fingern zu sagen: Ja, natürlich, das muss EU-weit geregelt werden. Am besten wäre eine bundesdeutsche Lösung etc. – Das ist sicherlich so, aber so funktioniert eben unsere Welt nicht. Das heißt, wir brauchen jetzt tatsächlich diejenigen, die vorangehen und zeigen, dass es geht und es Sinn macht.

Baumaterialien sind sicherlich mit ihrer regionalen Relevanz für einen landespolitischen Ansatz geeignet. Natürlich kann es irgendwo in den Grenzregionen zu Wettbewerbsnachteilen/Verwerfungen kommen, die man genau im Blick haben muss. Trotzdem stehen gerade alle Zeichen auf Zirkularität. Wir können vom Green Deal bis zur bundesdeutschen Strategie schauen, wir haben in den letzten 25 Jahren durch unser Festhalten an linearen Strukturen einfach ökologische Herausforderungen angehäuft. Jetzt sind wir tatsächlich an dem Punkt angelangt, an dem es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren. Das heißt, jetzt eine Branche durch Fördern und Fordern, durch Planungssicherheit und Augenmaß mitzunehmen, kann mittelfristig eigentlich nur zum Standortvorteil dieser Branche werden. Das mag paradox klingen, aber es gibt Untersuchungen zu anderen Branchen – Chemieindustrie in Deutschland etc. –, bei denen das genauso eingetreten ist, bei denen starke Regulierung eigentlich die Unternehmen auf einen größeren überregionaleren Wettbewerb vorbereitet hat, weil sich da die zirkulären Geschäftsmodelle der Zukunft entwickeln. Das tun sie nur, wenn die Rahmenbedingungen danach verlangen.

Deswegen ein ganz klares Ja. Wir sehen das so, das ist ein Innovationstreiber und mittelfristig ein Standortvorteil für die Branche.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Dann sind wir am Ende der fünften Fragerunde angelangt. Ich habe wahrgenommen, dass nicht bei allen Fraktionen der Bedarf nach weiteren Fragen besteht. Es gibt aber trotzdem noch den Wunsch nach weiteren Fragen. Dann hat zunächst Herr Brockes erneut das Wort.

Dietmar Brockes (FDP): Ich möchte meine Frage an Herrn Möring richten. Sie wiesen in Ihrer Stellungnahme auf die Notwendigkeit eines konsequenten und fundierten Rohstoffmonitorings hin. Können Sie uns erklären, warum das aus Ihrer Sicht so wichtig ist?

Dr. Christian Untrieser (CDU): Ich wollte das Gleiche fragen.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Keine weitere Frage von Herrn Untrieser. Er schließt sich der Frage an. – Für die SPD-Fraktion bleibt es dabei, dass keine weiteren Fragen gestellt werden. – Bei den Grünen besteht auch kein Fragebedarf mehr. – Für die AfD fragt Herr Loose.

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Christian Loose (AfD): Ich habe noch eine letzte Frage an Herrn Bengel von vero. Im Braunkohletagebauegebiet findet auch eine Förderung von Kies und Sand statt; denn bevor man an die Kohle kommt, muss man massiv Kiese und Sande abbaggern. Da sind Mitarbeiter in dreistelliger Anzahl beschäftigt. Die Regierung hat beschlossen, den Braunkohletagebau im Jahr 2030 zu schließen. Damit fallen auch – im Regelfall schon Jahre vorher – die Mengen von Kies und Sanden aus diesem Gebiet weg. In Garzweiler und Waldhöfe fehlen dann in Summe 4 Millionen t. Das heißt, wir haben hier bereits politisch getrieben eine deutliche Angebotsverknappung. Angebotsverknappung heißt ceteris paribus, dass es da zu einer Preiserhöhung kommen wird. Ist nicht die zusätzliche Einführung einer Rohstoffabgabe so etwas wie Öl ins Feuer gießen?

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Jetzt sind nur noch die Fragen von der FDP und der AfD zu beantworten. Zunächst ist Herr Möring aufgerufen zu antworten. Sie haben das Wort.

Niklas Möring (Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen): Vielen Dank für diese Frage. Das ist tatsächlich ein wichtiger Punkt. Ich glaube, die Diskussion heute hat es auch ein bisschen gezeigt. Uns wäre wichtig, damit man fundiert entscheiden kann und wir auch einmal Klarheit haben, welche Abfallströme wohin führen, wie viel wir wovon recyceln können, wo vielleicht auch die Hürden beim Einsatz von bestimmten RC-Baustoffen sind. Wir haben unterschiedliche Regularien/Gesetzgebungen auf unterschiedlichen Ebenen: EU, Bund und Land. Jetzt haben wir die Diskussion, ob wir vielleicht eine Insellösung in Nordrhein-Westfalen machen, die woanders nicht greift. Da einmal, auch für Entscheidungen, die gefällt werden müssen, eine wirklich verlässliche Datenbasis zu haben, die vielleicht auch einmal solche Sachen mit berücksichtigt, wäre für uns tatsächlich essenziell wichtig. Deshalb haben wir das auch in unserer Stellungnahme so betont.

Positiv ist sicherlich zum Beispiel im Rahmen des Inkrafttretens der Ersatzbaustoffverordnung, dass solche Sachen zum Teil schon angedacht sind, aber auch da greift aus unserer Sicht vieles noch nicht wirklich ineinander. Deshalb wäre es sicherlich hilfreich, so etwas tatsächlich zu haben.

Raimo Bengel (vero – Verband der Bau- und Rohstoffindustrie): Herr Loose, dass ich kein Freund der Rohstoffabgabe bin, ist, glaube ich, hier heute verstanden worden. Ich habe auch versucht, die Gründe dafür zu nennen. Ich habe gesagt, da, wo man uns hintreiben will, die Recyclingquoten noch zu erhöhen und sparsamer mit Primärrohstoffen umzugehen, ist das im ureigensten Interesse der Unternehmen, die immer schwieriger Genehmigungen bekommen. Viele Rohstoffbetriebe, die Steinbrüche oder Kieswerke haben, sind meist schon im Recycling unterwegs. Ein Unternehmer, der bei uns im Verband organisiert ist, muss sich jetzt sogar überlegen, die Recyclinganlage zu schließen, die er neben seinen Steinbrüchen betreibt, weil das Material nicht

Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (25.)

08.09.2023

Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,

Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (21.)

Haushalts- und Finanzausschuss (24.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

nachgefragt wird. Damit komme ich zu dem Ergebnis – ich freue mich, dass ich das abschließend noch einmal sagen kann –: Reden Sie mit uns. Prüfen Sie uns auf Verbindlichkeit, dass wir den Weg mit Ihnen wirklich gehen wollen. Dies ohne Abgabe, die die Preise verteuern wird und die die Betriebe in gewissen Bereichen in Existenzprobleme bringen wird.

Natürlich, das ist so. Große Kiesvorkommen liegen über der Kohle, werden gerade gefördert und fördern den regionalen Markt im Bereich Köln und auch Düsseldorf. Natürlich, wenn das wegfällt, muss es irgendwo herkommen, wenn die Nachfrage bestehen bleibt. Es werden weitere Wege sein, wobei wir mittlerweile überall diese Verknappung haben. Das heißt, das wird in der Tat schwierig und teurer werden.

Abschließend noch einmal: Lassen Sie uns sich zusammensetzen und schauen, wie wir es gemeinsam schaffen können, dass wir das voranbringen. – Das Recycling – ich sage es noch einmal – versuchen wir seit Jahren mit eigenen Vorschlägen, die nie richtig mit uns diskutiert worden sind. Man will uns mit einer Abgabe zu etwas treiben, was wir ohnehin vorhaben. Das verstehe ich nicht.

Vorsitzender Dr. Robin Korte: Ich schaue in die Runde, ob es den Bedarf für weitere Fragen gibt. Herr Loose hatte seine letzte Frage angekündigt. Herr Brockes hat ebenfalls keine Fragen mehr. Dann schließe ich die Anhörung. Ich bedanke mich sehr herzlich für die interessanten Fragen und vor allem bei den Sachverständigen für die Antworten und dafür, dass Sie uns heute Ihre Zeit geliehen haben und uns zur Verfügung standen. Ich wünsche Ihnen allen eine gute Heimreise und ein schönes Wochenende. Uns wünsche ich weiter gute Beratungen über diesen Antrag und die ihm zugrundeliegende Thematik.

Ich kündige nur noch kurz an, dass die nächste Sitzung unseres Ausschusses am kommenden Mittwoch ab 10:00 Uhr in diesem Saal stattfinden wird. Die Sitzung ist damit beendet.

gez. Dr. Robin Korte
Vorsitzender

Anlage

12.10.2023/13.10.2023

Anhörung von Sachverständigen

des Ausschusses für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie,
des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz,
Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume und
des Haushalts- und Finanzausschusses

**Statt Kies-Euro smartes Rohstoffmanagement für Nordrhein-Westfalen –
Landesregierung muss neue schädliche Belastungen für Steuerzahler unterlassen**

Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4568

am Freitag, dem 8. September 2023
12.30 bis (max.) 14.30 Uhr, Raum E3 D01, Livestream

Tableau

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. Stefan Schmidmeyer Pfaffenhofen a.d. Ilm	Stefan Schmidmeyer	---
Collaborating Centre on Sustainable Consumption and Production gGmbH Michael Kuhndt Wuppertal	Stephan Schaller	18/757
Fachhochschule Münster Institut für Infrastruktur · Wasser · Ressourcen · Umwelt Professorin Dr.-Ing. Sabine Flamme Münster	---	---
Wuppertal Institut Professor Dr. Henning Wilts Wuppertal	Prof. Dr. Henning Wilts	18/753
WILA Bonn e.V. Gerald Knauf Bonn	Gerald Knauf	18/754

eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Bauindustrieverband Nordrhein-Westfalen e.V. Professorin Beate Wiemann Düsseldorf	Marc Wählen Niklas Möring	18/751
vero - Verband der Bau- und Rohstoffin- dustrie e.V. Raimo Bengler Duisburg	Raimo Bengler	18/747

Weitere Stellungnahmen:

IHK NRW – Die Industrie- und Handelskammern in Nordrhein-Westfalen

18/749